

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: N. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergesaltene Zeitschrift oder deren Raum 30 %,
Bergnütigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 %,
Versammlungsanzeigen 10 %. Beilagen nach Vereinbarung.

Lohnbewegung.

Gisleben. (Telegramm.) Zuzug von Tischlern fernhalten.

Leipzig. (Telegramm.) Hier steht Lohnbewegung der Tischler bevor. Zuzug fernhalten.

Zuzug ist fern zu halten von:
Drehslern nach Halle a. d. S.;
Bau- und Möbeltischlern nach Freiburg i. D. (Baugeschäft von H. Stadler), Burg, Lüneburg, Berlin (Tischfabrik von Scholz, Weberstraße 7, 2. Hof, 2. St.), Brrach, Lehrte, Wittenberge (Tische's Möbelfabrik), Raumburg (Steincke & Co., Baugeschäft), Heibelberg, Nordhausen, Köslin, Mühlhausen i. Th., Delbert i. Rheinl. (Joh. Mühlberg), Wilm a. d. D. (Th. Berger, Hofmöbelfabrik), Jena, Bahreuth (Möbelfabrik von Kraße & Manz), Forst i. d. L., Planitz b. Bismarck, Budapest, Prag, Salzburg, Liesing b. Wien und Auffig (Böhmen)
Tischlern und Drehslern nach Schramberg (Julius Hofinger und Gebr. Jungmans);
Modell- und Maschinentischlern nach Saalfeld a. d. S. (Fabrik Muerbach & Scheibe);
Parkettbodenlegern nach Hannover und Linden;
Stellmachern nach Hannover, Essen a. d. R., Döbeln (Ulrich) und Pilsen;
Schreibern, Maschinenarbeitern, Drehslern, Bildhauern, Polirern und Politurarbeitern nach Fürth (Sommer und Leonhardt);
Uhrenkasten- und Möbelschreibern nach Schwenningen am Neckar;
Korbmachern nach Herischdorf i. Riesengeb. (Winkler) und Bozen (Tirol).

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Auf dem 16. Tischlertage in Lübeck hat der Tischlermeister Pauli aus Potsdam, der nebenbei gesagt auch Reichstagsabgeordneter ist und sich der konservativen Partei zurechnet, ein Referat über den Gesetzesentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Zuchtgeheimgesetz) gehalten und dabei betont, daß der vielfach angefeindete Gesetzesentwurf nicht zu weit (!) gehe. Er bestritt, daß den Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmert werden solle, nur Mißbrauch desselben wolle man verhindern. Er brachte dann eine Resolution ein, welche die Schaffung des genannten Gesetzes für „eine absolute Nothwendigkeit“ hält, weil die heutigen gesetzlichen Mittel zum Schutze der gewerblichen Arbeit nicht ausreichen und bittet die hohe Reichsregierung, im Prinzip an der eingebrachten Vorlage festhalten zu wollen. Selbstverständlich wurde diese Resolution angenommen. Damit haben die Tischlerinnungsmeister, soweit sie in Lübeck vertreten waren, dokumentirt, daß sie aus der Reihe aller vernünftigen und rechtlich über die Arbeiterbewegung denkenden Menschen ausscheiden und sich auf einen Standpunkt begeben, der reaktionärer nicht gedacht werden kann.

Die deutschen Tischlermeister haben mit der Annahme dieser Resolution konstatirt, daß die gewaltsame Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiterklasse ihr höchstes und idealstes Ziel ist, daß jede freie Meinung, jede Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes von Polizeignaden abhängig sein, und jeder Versuch, durch das letzte wirtschaftliche Kampfmittel, den Streik, eine Hebung der Klassenlage der Arbeiter herbeizuführen, oder eine weitere Degenerierung ganzer Berufsgruppen zu verhindern, mit Gefängniß oder Zuchtgeheim bestraft werden soll. Alle Scham der sonst so ehrenwerthen Vertreter des Tischlerhandwerks ist zu den Hunden entflohen. Sie sind Prostituirte der reaktionären Junker und großindustriellen Scharfmachersippe geworden, derjenigen Clique von Leuten,

die sich bisher noch kein Gewissen daraus gemacht haben, wenn durch ihre direkte oder indirekte gesetzgeberische Mitarbeit Hunderte und Tausende Handwerker wirtschaftlich in's Gras beißen mußten. Wenn anders als denselben Leuten, in deren Schlepptau sich der Tischlermeister Pauli befindet, nützen die Holzölle, die den Tischlermeistern das Rohmaterial vertheuern? wer anders als die konservativen Junker, diese „Freunde“ des Handwerks, sind es, die durch stete Bewilligung von Mitteln für den Militarismus dem Handwerkerstande unerträgliche Lasten aufbürden, wer ist's, der für stete Erhöhung der Schutzölle für alle möglichen Rohprodukte eintritt, die der Handwerker nothwendig gebrauchen muß? Die angeblichen Freunde des Handwerks, die Junkerpartei, denen auch der Tischlermeister Pauli Heerfolge leistet. Es ist tief bedauerlich, daß leider ein sehr großer Theil der Handwerker, und ganz besonders der Tischlermeister, sich von den Schwägern in ihren eigenen Reihen so hinter das Licht führen läßt, daß er die wirklichen Schanden im Handwerk nicht sehen und die wirklichen Feinde desselben nicht erkennen kann.

Mag sein, daß die meisten Tischlermeister in einem Streik ihrer Gesellen einen feindlichen Angriff auf das Gewerbe erblicken, der dem einzelnen Arbeitgeber wenig angenehm ist, aber bei genauerem Zusehen wird doch, wenn auch nur stillschweigend, zugegeben, daß durch den Streik mancher im Tischlergewerbe vorhandene Uebelstand beseitigt ist.

Es wäre auch geradezu sonderbar, die Gesellen als Feinde des Gewerbes betrachten zu wollen in dem Augenblicke, wo diese eine geregelte, wenn auch kürzere Arbeitszeit anstreben, durch welche doch zweifellos eine Stetigkeit in der Arbeit herbeigeführt und unsaubere Konkurrenten gezwungen werden, von ihrer bisher in's Blaue hinein betriebenen Produktion abzustehen. Dasselbe ist der Fall bei irgend welcher geforderten Lohnerhöhung; durch diese und die Verkürzung der Arbeitszeit wird nicht nur der Arbeiter physisch, wirtschaftlich und moralisch besser daran sein, sondern auch die produzierte Waare wird im Preise steigen, was mit anderen Worten so viel heißt, daß infolge der höheren Löhne und der kürzeren Arbeitszeit die Arbeit an Solidität zunimmt, die Schundarbeit vom Markte verdrängt wird und das einst so geachtete Tischlerhandwerk wieder einigermaßen zu Ehren kommt. Das Letztere wollen die Tischlermeister in ihren Zwangsinnungen doch anstreben; wie anders soll das neben der besseren beruflichen Ausbildung der Lehrlinge aber geschehen, wenn nicht durch operative Eingriffe von außen der Krankheitskern, die Schundkonkurrenz und was Alles mit dieser zusammenhängt, beseitigt wird?

Wir behaupten, daß die Meister allein außer Stande sind, das Tischlerhandwerk wieder zu Ehren bringen zu können, d. h. eine allgemeine Hebung des Gewerbes herbeizuführen; dies kann nur geschehen, wenn Meister und Gesellen Hand in Hand gehen und der Unsolidität, der Schundarbeit, den Schundpreisen, dem Submissionsunfug, der schlechten Lohnzahlung und der langen Arbeitszeit auf den Leib rücken. Dazu bedarf es aber keines Arbeitgeber-Schutzverbandes gegen die Gesellen und keines Zuchtgeheimgesetzes, wie Beides von den Tischlermeistern als einziges Mittel zur Hebung des Gewerbes gepriesen wird, sondern der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit, durch die es ermöglicht wird, auch den letzten Tischlergesellen zur gemeinsamen Arbeit zwecks Hebung seines erlernten Berufes heranzuziehen. Dasselbe wünschen wir auch von den Arbeitgebern. Wenn so die Koalition auf beiden Seiten geschlossen ist, dann lassen sich durch Vermittelung von einer oder mehreren Zentralstellen aus recht gut Mittel und Wege finden,

wie beiden Theilen, Arbeitgebern wie Arbeitern, geholfen werden kann; daß dies möglich ist, zeigt das Buchdruck- und zum Theil auch das Baugewerbe und warum sollte es nicht auch in der Tischlerei möglich sein. Die vielen Lohnkämpfe würden in demselben Augenblicke, wenn auch nicht plötzlich aufhören, so doch an Schärfe verlieren, wo beiderseitig auf friedlichem Wege Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse getroffen würden. Wir stehen nicht an zu erklären, daß uns ein solcher Schritt nicht nur sympathisch, sondern für die Hebung des Gewerbes und die des Gesellenstandes auch viel zweckdienlicher ist, als der Kampf mit einem Arbeitgeber-Schutzverbande und einer Organisation, die angesichts der weithin schallenden Proteste der Arbeiter gegen eine Beschränkung des Koalitionsrechts noch den allerdings traurigen Muth findet, die Annahme eines Zuchtgeheimgesetzes zu verlangen!

Mit diesem Verlangen stellen die deutschen Tischlermeister sich ihren Gesellen als offene Feinde gegenüber. Jedes Vertrauen zum Meister wird in demselben Augenblicke verschwinden, wo der Geselle erfährt, daß sein Meister Mitglied der Innung und gewissermaßen mit verantwortlich ist für den Beschluß, welchen dessen Vertreter in Lübeck gefaßt haben. Kann aus solchem Arbeitsverhältniß etwas Gutes herauskommen? Die Herren Meister beklagen es in ihren Organen des Deisteren, daß das traute familiäre Verhältniß zwischen Meister und Gesellen mit dem Einzug der Großindustrie verschwunden ist, und wünschen sich einen Zustand, wo der Geselle wieder wie früher mit dem Meister harmonisch zusammen arbeitet; wenn dieser Wunsch auch niemals mehr in Erfüllung gehen kann und wird, besser als heute könnte es sein, wenn die Meisterschaft es nur wollte! Wie ist es aber in Wirklichkeit? Bei fast jeder Differenz, die Gesellen mit ihrem Meister haben, machen wir die betäubende Erfahrung, daß Letzterer sofort außer Fassung geräth, wenn Abgesandte der Arbeiter erklären, daß sie im Auftrage ihrer Arbeitskollegen diese oder jene Wünsche vortragen und um deren Erfüllung bitten. Ganz aus dem Häuschen kommt der Herr aber, wenn gesagt wird, daß die Gesellen einer Organisation angehören, die gegebenenfalls für sie eintreten wird. In diesem Falle ist es meistens mit jeder vernünftigen Erwägung zu Ende. Der Herr will mit keiner Organisation zu thun haben; einen Verband erkennt er nicht an, er will „Herr in seinem Hause“ sein, er allein hat zu bestimmen, was er zahlen will und wie lange gearbeitet werden soll, er zahlt den Lohn und kein Anderer, und wenn es dann schließlich nicht paßt, der ist entlassen. Dit werden auch die Delegirten der Arbeiter stehenden Fußes gemahregelt. Dann kommt logischer Weise der Akt, den die Herren Meister dann mit dem Zuchtgeheimgesetz bestrafen wissen wollen die Arbeitseinstellung.

Wochen und Monate dauert der gegenseitig oft bis zum Weißbluten geführte Kampf und warum? Weil die Herren Meister die Gesellen nicht als gleichberechtigte, sondern als untergeordnete Organe im wirtschaftlichen Produktionsprozeß betrachten, die nur zu arbeiten, aber heileibe nichts zu sagen, geschweige denn noch etwas zu fordern haben. Daß eine solche Auffassung heute seitens der Gesellen, den Trägern der ganzen Produktion, als zu Recht bestehend nicht anerkannt werden kann, ist selbstverständlich, und der Kampf beginnt und wird geführt bis zum Neuzerßen und wird auch gewurzenermaßen in Zukunft geführt werden, so lange die Meister jede Annäherung der Gesellen zurückweisen und so lange sie auf dem jetzt betretenen Wege der Unterdrückungs- und Entrechtungs-politik fortzufahren gedenken.

Wir bieten die Hand zum Frieden, nicht etwa weil wir den in Aussicht genommenen Arbeitgeber-Schutzverband für die Gesellen fürchten, sondern weil wir den Frieden im Interesse des Handwerks und des Arbeiterstandes für vortheilhafter halten, als den von Anfang bis zu Ende eines Jahres unaufhörlich geführten Kampf. Wir geben dem Bundesvorstand Deutscher Tischlerinnungen anheim, zu erwägen, ob der von uns vorgeschlagene Weg: gemeinschaftlich von einer Stelle aus über Differenzen zwischen Mitgliedern der Innung und deren Gesellen einerseits und über Mittel zur Hebung des Tischlergewerbes andererseits zu berathen, in Zukunft nicht gangbarer ist, als der vom 16. Deutschen Tischlertag gewählte: die grundsätzliche Bekämpfung und Unterdrückung der Gesellenorganisation und die Förderung dieses Unternehmens durch Befürwortung eines Zuchtgesetzes.

Wir wissen uns eins mit den deutschen Tischlergesellen, soweit sie Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sind, daß sie einem ehrlich gemeinten Frieden ihre Zustimmung immer geben, auch jederzeit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung desselben Sorge tragen werden. Zu Herbeiführung eines solchen Friedens ist natürlich die gegenseitige Achtung beider Parteien und deren Beschlüsse, und vor Allem gegenseitige Anerkennung der Organisationen Vorbedingung.

Frieden oder Kampf, das wird, das soll das Entscheidende sein für die nächste Zeit; hoffen wir, daß die Entscheidung zu Gunsten des ersteren ausfalle. Vergessen wir aber nicht, Kollegen, daß unsere Organisation immer weiter und stärker ausgebaut werden muß; denn sie allein ist der Hort des Friedens, sie nur allein ist im Stande, einen Umschwung in der gegenwärtigen Situation herbeizuführen. Darum, hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, Jeder auf seinen Posten!

Die Aufgaben der Gewerkschaften.

II.

Bei all' dem Ringen des Arbeiterstandes um Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage und dem hierdurch bedingten Streben des Proletariats nach möglichst gut eingerichteten und kräftigen Organisationen zur Durchführung des gesteckten Zieles muß der Gewerkschaftler aber stets das Faktum im Auge behalten, daß er seine ganze Tätigkeit nur auf Grund der zur Zeit bestehenden und hierbei in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen ausüben kann und daß sein jeweiliges Wirken und Schaffen zum größten Theile wieder davon abhängig ist, wie die einschlägigen Gesetze ausgelegt und gehandhabt werden. Wir leben nun einmal in einem sogenannten Rechtsstaate, eigentlich schon mehr reinem Polizeistaate, worinnen Alles nach besonderen Vorschriften und unter kleinlicher Bevormundung, jedoch ohne freiere Regungen, vor sich geht, und da müssen wir uns denn wohl oder übel mit den bestehenden Gesetzen abzufinden versuchen.

Ist doch die Zeit noch garnicht allzu lange her, wo von einer wirklichen Entfaltung der Arbeiter- resp. Gesellen-Organisationen überhaupt nichts zu verspüren war, da ja in fast allen deutschen Ländern bis in die 60er Jahre unseres Jahrhunderts hinein alle Verbindungen von Gesellen und Arbeitern zum Behufe der Erlangung günstiger Löhne und Arbeitsbedingungen raubweg verboten waren. Erst im Jahre 1869 wurde bekanntlich durch den Reichstag des Norddeutschen Bundes das Koalitionsrecht für gewerbliche Gehilfen und Fabrikarbeiter wieder freigegeben und dies dann auch im Paragraphen 152 der deutschen Reichs-Gewerbe-Ordnung festgelegt. Seit her hat man aber schon oft versucht, den Arbeitern dieses Grundrecht zu verkümmern. In den letzten Jahren hat man besonders viel gethan, und wenn es bisher noch nicht gelungen ist, dieses für die deutsche Arbeiterchaft so wichtige Gut ganz hinweg zu legen, so ist das wohl lediglich den organisierten Arbeitern selbst, sowie ihren Vertretern zu danken.

Die ständige Fehde der Besitzenden und ihrer Verbündeten gegen das Vereinigungsrecht der zwar bestbezahlten aber dennoch arbeitenden Industriebevölkerung zwingt nun jedoch andererseits die Betroffenen, sich mehr und mehr um gesetzliche Grundlagen für ihr ferneres Wohlergehen zu kümmern und der sozialen Gesetzgebung ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

Man bezeichnet nun aber die zu entfaltende Tätigkeit auf diesem Gebiete schamlos als Politik treiben. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen sich aber die zentralisierten Gewerkschaften als solche

nicht mit Politik beschäftigen, sondern nur ihre beruflichen Interessen vertreten. Auch eine Anzahl Arbeiter und die bürgerlichen Sozialreformer wünschen die Fernhaltung der Politik von der Gewerkschaftsbewegung, jedoch aus anderen Gründen. Sie versprechen sich hierdurch eine größere Beteiligungs an den Organisationen. Inwieweit sich nun aber politische und wirtschaftliche Fragen voneinander trennen oder miteinander vereinigen lassen, ist jedenfalls eine strittige Sache, denn in Wirklichkeit sind doch beide ziemlich eng miteinander verquidelt. Vermögen doch selbst Staatsanwälte und Richter zwischen diesen beiden Angelegenheiten keine genauere Grenze zu ziehen und bestimmter zu erklären, wo Politik anfängt und Berufsinteressen aufhören.

Die Gewerkschaften werden aber ohne Realpolitik, die mit den praktischen Bedürfnissen rechnet und oftmals in Interessenpolitik übergeht, nicht gut auskommen. Sie müssen auf alle Fälle die Arbeiterschutzgesetze in ihren Mängeln und Vortheilen kennen lernen und die das Arbeitsverhältnis und die organisatorische und agitatorische Tätigkeit der Korporationen betreffenden Bestimmungen genauer in Augenschein nehmen. Ueberhaupt müssen die Gesetze, welche die beruflichen Interessen der Arbeiter berühren oder sonst von sozialen Einrichtungen reden, spezieller behandelt, mehr in Licht und Schatten gezeichnet werden.

Nach dieser Richtung hin sollen eben die Organisationen nur Klärung schaffen. Beschlüsse und Petitionen, die die Abstellung von Mißständen und Bebrückungen bezwecken und den gesetzgebenden oder regierenden Körperschaften zugehen sollen, haben natürlich zu unterbleiben und sind der Deffentlichkeit zu überlassen. Bei der heutigen Handhabung der Vereinsgesetze der Einzelstaaten ist auf diesem Gebiete unbedingt Vorsicht geboten. Ehe man die Zahlstelle irgend eines Verbandes der unnötigen Gefahr der Auflösung aussetzt, kann man lieber öfter zu dem Hülfsmittel, den öffentlichen Versammlungen, schreiten, in denen die allzu politische schillernden, die Gewerkschaften aber stark angehenden Punkte erledigt werden.

Auf größere politische Aktionen, die nicht im direkten Zusammenhange mit der Interessenvertretung ihrer Mitglieder stehen, dürfen sich die Gewerkschaften überhaupt nicht einlassen. Hochpolitische Fragen sind in ihren Reihen nicht zum Austrag zu bringen, denn dergleichen Tätigkeiten würden diese wirtschaftlichen Arbeitervereinigungen vollständig von ihrem eigentlich zu befolgenden Wege abbringen. Mit großen politischen Idealen oder Problemen können sich die Gewerkschaften nun einmal nicht abgeben, denn sie müssen praktische und zum Theil auch Augenblickspolitik betreiben; sie müssen immerdar ihre momentanen Interessen in den Vordergrund stellen, und dies führt natürlich zu ständigen Konflikten mit rein idealen Anschauungen. Deshalb kann aber nun nicht etwa gesagt werden, daß die Gewerkschaftsmitglieder überhaupt aller Ideale bar seien. Sie werden sich viel mehr, wenn sie durch ihre Organisation gut aufgeklärt und erzogen sind, dergleichen auf Grund ihres wirtschaftlichen Standpunktes bilden, diesen sowohl wie auch ihre erworbenen Grundsätze dann außerhalb ihrer Organisation vertreten und auch darnach handeln. Sicherlich werden diese Arbeiter aber in sozialpolitischen Dingen nicht mit ihren schärfsten wirtschaftlichen Gegnern durch Dick und Dünn gehen, sondern nur Denjenigen ihr Vertrauen schenken und bei Wahlen zu den Parlamenten eventuell ihre Stimme geben, welche die Interessen der Arbeiter auch in Wirklichkeit und nicht bloß scheinbar vertreten.

Die einzelnen gewerkschaftlichen Verbände sollen sich nun aber nicht von vornherein schon zu einer bestimmten politischen Partei bekennen und Andersdenkende von sich ausschließen, wie dies die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, der Verein „Arbeiterschutz“ und Andere thun, sondern sie sollen die politische Parteinahme lediglich den Mitgliedern selbst überlassen. Bei den sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften hat sich das auch wirklich gut bewährt. Eine Festlegung des politischen Glaubensbekenntnisses für alle Mitglieder der Gewerkschaften giebt es da nicht. Gantiren doch in diesen Organisationen Angehörige aller Parteien miteinander. Vorwiegend ist allerdings das sozialdemokratische und sozialdemokratisch angehauchte Element, aber auch Anarchisten, Freisinnige, National-Soziale, Antijemiten zc. sind da zu finden. Alle sind sie von dem einen Gedanken befeuert, der schrankenlosesten und willkürlichsten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft gegenüber zu treten und durch die Organisation der Arbeiter und die Gesetzgebung bessere Verhältnisse für die Arbeiterchaft herbei zu führen. Nur auf dem Wege dahin und über die Weite resp. Länge des Weges kommt es zu Meinungsverschiedenheiten. Mit der Zeit hören aber auch diese auf, denn die Gewinn- und Herrschsucht des

Unternehmertums und die stetig fortschreitende Entwicklung in der Technik sorgen schon mit sich, daß den Mitgliedern der Gewerkschaften, sowie überhaupt den Arbeitern immer mehr die Ueberzeugung wird, daß der Kapitalismus und seine Helfer in jeder Form und bis aufs Messer zu bekämpfen sind. Früher oder später werden dann die Arbeiter doch erkennen lernen, daß eine durchgreifende und endgültige Besserung der Lage der arbeitenden Klassen nur durch die Aufhebung dieser raffinierten Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geschehen kann, wenn man nicht anders der Gewinnsucht und Despotie des Ausbeuterthums dauernd auf Gnade und Ungnade überliefert sein will.

Tropdem nun die modernen Gewerkschaftsorganisationen nur die rein wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder vertreten und hieraus die Nothwendigkeit ziehen, bis zu einem gewissen Grade auch der Politik ihre Aufmerksamkeit zu widmen, so bichtet man ihnen doch einen rein sozialdemokratischen Charakter an. Sogar in Arbeiterkreisen hat man die Meinung, daß diese „sozialdemokratisch verseuchten“ Gewerkschaften abstoßend auf die Industriebevölkerung wirken. Als Beweis hierfür führt man die Höhe des Mitgliederstandes, im Vergleich mit den in den einzelnen Branchen beschäftigten Arbeitern an. Die Anführung derartiger Argumente deutet aber offenbar auf Unkenntnis der Gewerkschaftsbewegung oder Bosheit.

Ist es doch eine feststehende Thatsache, daß erstens unsere deutsche Gewerkschaftsbewegung noch ganz jung ist; ihre ersten Ausleger fallen in die letzte Hälfte der 60er Jahre unseres Jahrhunderts, und dann hat sie ja auch während des 12jährigen Bestehens des Sozialistengesetzes starke Bebrückungen zu erdulden gehabt. Ein Vergleich mit den englischen Trades-Unions wäre hier vollständig unangebracht. Bestehen doch diese schon bedeutend länger und genießen auch zur Zeit größere Rechte. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich thatsächlich erst im letzten Dezennium etwas besser entfalten können, und in diesem Zeitraum haben die Arbeiter auch immer mehr den Werth und Nutzen dieser „Gewerkschaften der Nothigen“ begreifen gelernt, denn sie haben gerade in jüngster Zeit besonderen wirtschaftlichen Vortheil gebracht. Außerdem steht aber auch unumstößlich fest, daß die übergroße Mehrzahl der Proletarier schon einmal Mitglieder der modernen Gewerkschaftsorganisationen waren; nur das den Deutschen eigene Phlegma, ein gutes Stück Egoismus, sowie Furcht vor Maßregelung durch die Arbeitgeber zc. halten sie davon ab, allezeit Mitglieder zu bleiben und sich weiter in die Materie der Gewerkschaftsbewegung zu vertiefen. So lange, wie Alle Früchte genießen können, sind sie wohl auch Mitglieder, sowie sie aber auch Opfer bringen sollen, giebt eine große Anzahl Fersengeld. Einem großen Theil der Arbeiter mangelt es eben an dem nöthigen Muth, der unerlässlichen Charakterfestigkeit und Energie, die vor Allem dem Brotherrn gegenüber oftmals in die Brüche gehen. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter gegen das Unternehmertum stellt zwar ziemlich hohe und dauernde Anforderungen an den Einzelnen, die aber nothwendiger Weise erfüllt werden müssen, wenn das Proletariat seine Lage verbessern will.

Der Einwand also, daß die angebliche Parteilichkeit in den sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften die Schuld trage an der ungenügenden Stärke der Mitgliederzahl, ist vollständig unberechtigt und nicht stichhaltig. Die Gründe hierfür sind vielmehr in der Gleichgültigkeit und Unterwürfigkeit der Massen zu suchen, sowie darin, daß der Wiedereintritt in diese Vereinigungen so besonders leicht gemacht ist und in kürzester Frist das Mitglied die Vollberechtigung wieder erlangt hat. Hierdurch kommt das Fluktuiren der Mitgliederbestände in den Gewerkschaften auch mit.

Präzisiren wir also kurz nochmals unseren Standpunkt in Bezug auf das Politiktreiben in den Gewerkschaften, so müssen wir erklären, daß genau, so wie die Arbeitgebervereine eine bestimmte Interessenpolitik treiben, auch die Gewerkschaften das Gleiche thun müssen, und sollen, um mit den bestehenden Gesetzen nicht in Konflikt zu gerathen, die nothwendigen Vorsichtsmaßregeln angewandt werden.

Der 14. deutsche Korbmachertag,

welcher vom 30. Juli bis 1. August in Chemnitz tagte, hat, wie wir das schon voraus sagten, nicht viel Federlesens mit der festgesetzten Tagesordnung gemacht. Obermeister Bergmann-Berlin leierte seinen Bericht herunter und schloß mit: „Das wolle Gott“. Natürlich wird gegen solchen Geschäftsbericht kein Mensch Einwendungen machen, war auch übrigens nicht nöthig, denn das, was der Herr Bergmann sagte, wußten die Meisterbelegierten

nach vom vorigen Jahre, hatten also nichts zu erinnern. Das „große“ Vermögen des Verbandes betrug am 1. Juli M. 230,21. Das ist immerhin noch ein großes Stück Geld, wenn man bedenkt, daß der große Innungsverband 561 Mitglieder zählt und jedes Mitglied einen jährlichen Beitrag von 50 Kr. leistet, daß ist pro Woche noch nicht ganz ein Pfennig. Bei solcher „Opferwilligkeit“ ist an die Gründung eines Arbeitgeber-Vereins allerdings nicht zu denken, und deshalb hat man auch wohl davon Abstand genommen. Einen Schutzverband könnten die Korbmachermeister recht gut gebrauchen, aber da er sich gegen staatliche Institutionen wenden müßte, und man es doch mit dem Vater Staat nicht verderben will, deshalb begnügt man sich mit recht artigen Petitionen, und redet sich dann wirklich ein, daß, wenn irgend ein Staatsmann, zu dem ein Abgeordneter mit der Angstrolle kommt, ein freundliches Gesicht aufsetzt, die Geschichte von Erfolg gekrönt sein wird.

Vergeßlich! Wie oft petitionierten schon die Korbmacher um Einschränkung der Gefängnisarbeit; hat es genügt? Ja, das letzte Mal doch, darüber werden wir uns aber an anderer Stelle äußern. Das Handwerkergesetz erfreut sich der Sympathie der Korbmacher nicht besonders, so mund- und löffelrecht Dr. Adolf Schulz, das Mädchen für Alles, ihnen dasselbe auch machte. Beklagt wurde wieder bitter über die armen Teufel von Hausirer, die das ganze Handwerk angeblich auf den Hund bringen. Da alle Petitionen an städtische und Landesbehörden erfolglos geblieben, h. h. die Hausirer immer noch leben und bei ihrer aufreibenden Arbeit und ihrem kärglichen Verdienst noch nicht ganz verhungert sind, soll eine Petition an den Reichstag gesandt werden. Das wird wohl helfen. Wenn dann die Hausirer und Jahrmärkthändler nicht ausgerottet werden, na, dann warten die Korbmacherzünftler noch ein Weilchen. Wir nehmen an, daß der Reichstag eine Petition solcher reaktionären und grausamen Inhalts dahin verweisen wird, wohin sie gehört — in den Papierkorb. Weiteres von Bedeutung ist auf dem Korbmachertage nicht verhandelt worden.

Der Vorsitzende versicherte zum Schluß noch, daß bisher schon viele Schritte zur Hebung des Korbmacherhandwerks gethan seien, aber geholfen hätten dieselben nichts, die Hausindustrie Süddeutschlands brüde die Preise gar zu sehr. Das stimmt. Wir sind aber überzeugt, daß, wenn die Hausindustriellen in Lichtenfels, Kronach, Michelau, Bamberg sich gegen die Schundpreise der Verleger auflehnten, die Letzteren an den heute über die Schundkonkurrenz jammernden Innungsmeistern kräftige Stützen haben würden. Man würde sich keinen Augenblick befinden und dem Kommerzienrat K. in B. und dem Verleger J. in L. zu Hilfe kommen, wenn die Arbeiter wirklich einmal durch Einstellung der Arbeit einen höheren Preis für die Korbwaren erzielen wollten.

Wenn es heißt, die Arbeiter wollen streiken, dann vergesse die Innungsmeister immer, was durch den Streik bezweckt werden soll. Sie ahnen „Machtfragen“, und der „Herr im Hause“ schwirrt ihnen im Schädel herum. Das „Klassenbewußtsein“ als „Meister“, als Stütze von „Thron und Altar“ thut wahre Wunder, und sie denken dann garnicht mehr an die Schundkonkurrenz in Süddeutschland, sondern nur noch an die vor Angst schlottenden Kommerzienräthe, wie sie sich in ihrem „eigenen Hause“ in irgend einem Maulloch verfrachten, nur um gegen den Terrorismus der Streikenden geschützt zu sein. Da regt sich das Mit- und Standesgefühl des Innungsmeisterarbeitgebers, und die Folge? Er ist dem reichen Kommerzienrat näher als dem Arbeiter. Er macht für diesen die Arbeit vielleicht für einen noch geringeren Preis, nur um den streikenden Arbeitern zu zeigen, „was eine Harke ist“. Wir konnten das so häufig beobachten, und deshalb legen wir auch herzlich wenig Gewicht auf die Klagen der Korbmachermeister, und noch viel weniger vertrauen wir darauf, wenn sie sagen, daß sie mit den Gesellen gemeinsam das Handwerk heben wollen. Beschlossen wurde dann noch, der Gründung einer Verkaufsgenossenschaft des deutschen Korbmacherverbandes mit beschränkter Haftpflicht näher zu treten. Natürlich, wenn man nicht weiß, was man den Delegirten und Theilnehmern des „Tages“ gegenüber an dem neuen Handwerkergesetz loben soll, h. h. gar keine greifbaren Vorteile für die Handwerker darin entdecken kann, dann muß man wenigstens etwas von „Gründen“ anregen. Herr Dr. Ad. Schulz kennt das, er ist ja schon so lange im Korbmacher-gewerbe — spazieren gewesen, hat so viele Versprechungen gemacht auf den „Tage“, warum sollte er es in Ehemisch nicht thun?

Immer noch mehr Sand in die Augen, immer mehr Illusionen gemacht, mehr Kartenhäuser gebaut, die wirtschaftliche Entwicklung, der Kampf mit der Großindustrie wird und muß naturnothwendig alle gehegten Hoffnungen zu Schanden werden lassen. Will man es in Innungsmeisterkreisen heute noch nicht eingesehen und einsehen, es schadet nicht, aber kommen wird es doch.

Der nächste Korbmachertag soll in Frankfurt a. d. O. stattfinden.

Verbandsstag des Oesterreichischen Holzarbeiter-Verbandes.

Am 13., 14. und 15. August tagte in Wien der vierte Verbandsstag des Oesterreichischen Holzarbeiter-Verbandes. Anwesend waren 62 Delegirte, und zwar 26 aus Wien und 36 aus der Provinz, ferner 12 Vertreter des Vorstandes, der

Kontrolle und des Verbandsorgans, und als Gäste 2 Delegirte der ungarländischen Holzarbeiterorganisationen und Kollege Leipart aus Stuttgart als Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Lehterer überbrachte die Grüße der deutschen Kollegen und wies auf den Vortheil einer näheren Verbindung der beiderseitigen Organisationen hin. Um seinen eigenen Interessen zu nützen, habe der deutsche Verband ihn herbeigeholt, damit er die Verhältnisse kennen lernen und in Deutschland werthvollen könne. Zugleich schilderte Redner die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Organisation in Deutschland.

Die Leitung des Verbandstages wurde einem deutschen und einem czechischen Vorsitzenden übertragen, wie auch die Verhandlungen in beiden Sprachen geführt wurden.

Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Skaret, erstattete den Rechenschaftsbericht, aus welchem hervorgehoben sei, daß 99 Organisationen — Landesverbände und Ortsgruppen — dem Verband angehören. Mit Klagenfurt, dessen Anschluß zuletzt erfolgte, ist nun auch die letzte Holzarbeiterorganisation Oesterreichs dem Verband beigetreten. Ein eigentlicher Fortschritt sei jedoch nicht zu verzeichnen, welchen Umstand die völlig ungenügende Vereinsfähigkeit an den einzelnen Orten und auch die niedrigen Beiträge verschulden, die laut einer Umfrage zum Theil noch vier, fünf und sechs Kreuzer wöchentlich betragen. Mit solchen geringen Mitteln sei kein Erfolg möglich. Obwohl die Zahl der angeschlossenen Mitglieder seit der Gründung des Verbandes im Jahre 1894, wo sie 1470 betrug, bis Schluß des Jahres 1898 auf 5085 gestiegen sei, so sei doch gerade in den letzten zwei Jahren ein förmlicher Stillstand eingetreten.

In einer langdauernden Diskussion über „Organisation, Agitation und Taktik“, an welcher auch Kollege Leipart sich theilnahm und über die Erfahrungen in Deutschland berichtete, wurden alsdann die Vorbedingungen für eine erfolgreichere Agitation gründlich besprochen. Da wir später noch ausführlicher über die Besonderheiten der österreichischen Verbandsorganisation berichten wollen, beschränken wir uns heute auf die Wiedergabe der hauptsächlichsten Beschlüsse.

Die seitherige Form der Branchenorganisation, im Gegensatz zum Industrieverband, soll auch zukünftig bestehen bleiben. Der Verbandsvorstand erhält das Recht, im ganzen Land eigene Ortsgruppen zu errichten, welche also entgegen den Ortsgruppen der Landesverbände direkt mit dem Verbandsvorstande in Verbindung stehen.

Auch die Frage der Arbeitslosenunterstützung wurde behandelt und es den Organisationen zur Pflicht gemacht, die Arbeitslosenunterstützung auf lokalem Gebiete einzuführen.

Bezüglich der Beiträge und einer besseren Finanzierung der Organisation setzte der Verbandsstag ein Minimum von zehn Kreuzern Beitrag für männliche und von fünf Kreuzern für weibliche Mitglieder pro Woche fest, wobei jedoch zu bemerken ist, daß dieser Beschluß nur prinzipielle Bedeutung hat, weil jeder Landesverband über die Höhe des Beitrages für seine Mitglieder selbstständig beschließt. Eine Klassifizierung der Beitragshöhe für männliche Mitglieder wurde prinzipiell abgelehnt.

Mit Rücksicht auf die Sprachunterschiede wurde beantragt, daß, sobald einer Ortsgruppe 15 Mitglieder einer anderen Nationalität angehören, dieselben berechtigt sein sollen, eine eigene Ortsgruppe zu errichten. Es kommt hierbei hauptsächlich die Hauptstadt Wien und die dortigen Tschechen in Betracht; Letztere wünschen eigene Ortsgruppen, um ihre Verhandlungen in czechischer Sprache führen und so die Agitation besser entfalten zu können. Dieser Gegenstand führte zu äußerst heftigen Auseinandersetzungen zwischen den deutschen und czechischen Delegirten und wird schließlich dem Verlangen der Letzteren insoweit entgegen gekommen, als die Errichtung von Sektionen innerhalb der Ortsgruppen gestattet wird.

Das Organ der czechischen Holzarbeiter, der in Prag erscheinende „Drevodělnik“, wird laut Beschluß in das Eigentum des Gesamtverbandes überführt, also als Verbandsorgan neben dem „Holzarbeiter“ in Wien anerkannt. Einem Wunsche der polnischen Kollegen in Schlesien, Galizien etc., bezüglich Herausgabe von Agitationschriften in polnischer Sprache, soll nach Möglichkeit entsprochen werden. Der Antrag, den gegenwärtig zweimal monatlich erscheinenden „Holzarbeiter“ zukünftig dreimal herauszugeben, wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Bezüglich des Streiks wurden zwei wichtige Beschlüsse gefaßt, welche der gegenwärtigen holländischen Regellofigkeit auf diesem Gebiete in Etwas wenigstens ein Ende machen werden. Es wurde nämlich dem Verbandsvorstande das Recht gewährt, bei Ausbruch eines Streiks eventuell Extrasteuern zu beschließen, welche die Landesverbände wöchentlich abzuführen und nachträglich von den Mitgliedern einzuziehen haben. In erster Linie sollen jedoch auch in Zukunft die Ortsgruppen durch Sammlungen für ihren lokalen Dispositionsfonds für die nötige Unterstützung selber sorgen, so daß der Verbandsvorstand nur in dringenden Fällen und auch dann nur einen Zuschuß zur Unterstützung zu gewähren hat. Die Ausführungen des Kollegen Leipart über die diesbezüglichen Einrichtungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes erregten natürlich die Bewunderung der Delegirten, jedoch mußte man sich, angesichts der Unmöglichkeit, die gleichen Einrichtungen schon jetzt auch für Oesterreich zu beschließen,

vorbüßig damit begnügen, dieselben für die Zukunft mindestens anzubahnen. Zu diesem Zwecke wurde dann ferner noch beschlossen, daß die Ortsgruppen verpflichtet sein sollen, in Zukunft bei jeder Lohnbewegung 14 Tage vor Einreichung der Forderungen neben der Landeszentrale auch dem Verbandsvorstand Mittheilung von dieser Absicht und von den aufgestellten Forderungen zu machen, um so dem Vorstand Gelegenheit zur Mitberathung und Bestimmung der einzuschlagenden Taktik zu geben. Streiks, bei denen diese Vorschrift nicht erfüllt wurde, werden vom Vorstand nicht unterstützt.

Ein Antrag, eine allgemeine Agitation für die Eringung der neunstündigen Arbeitszeit im ganzen Land zu entfalten, wurde dem Vorstand als Material überwiesen.

Der Name des Verbandes, dessen Leitung auch weiterhin in den Händen des Kollegen Skaret verbleibt, wurde in „Verband der Holzarbeiter Oesterreichs“ umgeändert; ferner, zufolge des vorausgegangenen Beschlusses, die Arbeitslosenunterstützung als eine zukünftige Aufgabe des Verbandes in das Statut aufgenommen.

Bezüglich der zukünftigen Verbandstage wurde beantragt, die Delegirten aus der Verbandskasse zu entschädigen und die Kosten nachträglich durch Umlageverfahren von den einzelnen Organisationen nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl wieder einzuziehen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und haben sonach auch weiterhin die Organisationen über die Delegation und Kostenbedeckung selber zu beschließen.

Mehrere Anträge fordern eine Erhöhung der Reiseunterstützung, die jetzt zwei Drittel Kreuzer pro Kilometer beträgt. Die Reiseunterstützung ist neben dem Rechtsschutz die einzige zentralistisch geregelte Unterstützung an die Verbandsmitglieder; zur Bekreitung derselben zahlen die einzelnen Organisationen pro Mitglied und Monat vier Kreuzer an die Verbandskasse, welche im Jahre 1898 von 2439 Gulden Einnahme an solchen Beiträgen allein 1342 Gulden für Reiseunterstützung und 815 Gulden für Rechtsschutz verausgabt hat. Mit Rücksicht auf den schwachen Stand der Verbandskasse wird sowohl die Erhöhung der Reiseunterstützung als auch eine Verlängerung der sechsmonatlichen Karenzzeit abgelehnt.

Dagegen wird der Beitrag an den Verband ab 1. Januar 1900 von vier auf fünf Kreuzer pro Mitglied und Monat erhöht, um hierdurch größere Mittel zur Agitation flüssig zu machen. Auch wird der Vorstand ermächtigt, wenn möglich einen besoldeten Beamten für den Verband anzustellen.

Angenommen wird ferner ein Antrag, den Zusammenschluß der Einzelorganisationen zu einer zentralen Union anzustreben, zu welchem Zweck es den Landesorganisationen anheim gegeben wird, zu Gunsten eines solchen Zentralverbandes ihre eigene Landeszentralisation aufzugeben.

Einige Beschwerden über Verweigerung der Reiseunterstützung an in Deutschland reisende österreichische Mitglieder seitens der Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes konnten vom Kollegen Leipart aufgeklärt werden, mit dem gleichzeitigen Ersuchen, derartige Beschwerden in Zukunft sofort an kompetenter Stelle anzubringen, damit eine Untersuchung und Abstellung möglich sei.

Ferner beschäftigte den Verbandsstag noch die Frage der Arbeitsvermittlung. Der Referent tabelte die Gleichgültigkeit der Arbeiter und der Gewerkschaften gegenüber dieser wichtigen Frage und forderte, auf die diesbezüglichen Verhandlungen des deutschen Gewerkschaftskongresses in Frankfurt verweisend, die Delegirten auf, dahin zu wirken, daß derselben auch in Oesterreich die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet und auf dem nächstjährigen österreichischen Gewerkschaftskongress gleichfalls ein grundlegender Beschluß gefaßt werde. Dem Verbandsvorstande wurde der Auftrag erteilt, Anleitungen zur Errichtung und Führung gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise herauszugeben und die Erörterung der Frage im Fluß zu erhalten.

Damit waren die Verhandlungen erschöpft. Nach einigen Schlussworten der Kollegen Leipart und Skaret, sowie des Kollegen Schaller-Prag als Vertreter der Tschechen, wurde der Verbandsstag am Dienstag, den 15. August, Abends 7 Uhr, geschlossen.

Eine Muster-Verfätsordnung.

R. Die Münchener Schreiner haben über die Verhältnisse der Firma Wolf & Cie., Schleißheimerstraße, in vergangener Woche die Sperre verhängt. Anlaß dazu gab das Verhalten der Firma, welche keine organisierten Arbeiter in ihrem Betriebe duldet und wiederum zwei Kollegen entlassen hatte. Wie weit es der Indifferenzismus bringt, davon liefert diese Firma den besten Beweis. In schwerem Kampfe wurde vergangenes Jahr den hiesigen Meistern eine Verfätsordnung abgerungen, welche die Verhältnisse in München einigermaßen verbesserte. Nichtsdestoweniger giebt es noch sogenannte Nachkollegen, von denen man sagen möchte, wenn nicht die Gesamtheit den Schaden hätte, sie verdienen die Peitsche, die sie schlägt. Anbei lassen wir diese Muster-Verfätsordnung im Wortlaute folgen; sie ist gerade das Gegentheil von der vereinbarten Verfätsordnung:

Punkt 1 behandelt die Arbeitszeit, welche im Sommer 10 Stunden, im Winter 9 Stunden beträgt. Punkt 2. Das Fabrikthor wird geöffnet: Das erste Mal 10 Minuten, das zweite Mal 5 Minuten vor Beginn der Arbeitszeit, das dritte Mal beim Signalzeichen. Zutritt kommen über 5 Minuten wird mit 20 Kr. im dreimaligen Wiederholungsfalle mit Verweis und dann mit Entlassung bestraft. Nur stichhaltige Entschuldigungen können Verhinderung finden. 3. Das Rauchen im Fabrikthor ist verboten (Ausnahme Dampfmaschinenhaus). Unterhaltung während der Arbeit, gegenseitiges Besuchen in den

Werkstätten, Fortgehen ohne Erlaubnis, Besuchnahme, Holen und Weibringen von geistigen Getränken während der Arbeit wird mit 50 \mathcal{A} , im Wiederholungsfalle mit Entlassung, ungebührliches Benehmen mit sofortiger Entlassung geahndet. 4. Die anfallenden Strafgebühren werden zur Unterstützung der Arbeiter bei Krankheit verwendet; über die Höhe der Unterstützung werden sich der Fabrikleiter, sowie der älteste Arbeiter in der betreffenden Werkstatt benehmen. (Ungefehrlich.) 5. An Sonn- und Feiertagen findet keine Arbeit statt. (Folgen die gesetzlichen Feiertage). An allen übrigen sogenannten Kirchenfeiertagen sind die Arbeiter verpflichtet, volle oder halbe Tageslohn, bei dringendem Geschäftsgange an gewöhnlichen Werktagen Ueberstunden, in beiden Fällen jedoch ohne Lohnaufschlag, zu machen. 6. Lohnzahlung findet jeden Samstag nach 5 Uhr statt. An diesem Tage werden sechs bezw. neun Stunden gearbeitet und bezahlt. Zum Auszahlen haben sämtliche Arbeiter gleichzeitig anzutreten. 7. Erkrankte Arbeiter haben innerhalb 24 Stunden von der Erkrankung Anzeige zu machen, anderenfalls für Offenhalten der Stelle keine Gewähr gegeben wird. 8. Kündigung findet gegenseitig nicht statt. Nach Arbeitschluss kann das Verhältnis gegenseitig gelöst werden. 9. Jeder Neueintretende hat am Schlusse des ersten Arbeitstages die Fabrikordnung und Werkstattordnung im Geschäftszimmer zu unterschreiben.

Weiter hat jeder Schreiner noch eine Werkstattordnung zu unterschreiben, die u. A. folgende beachtungswürdigen Absätze aufzählt: 2. Feuer zum Keimen, Wärmern usw. darf nur mit Hobelspähnen gemacht werden; Holzabfälle dürfen nicht zur Verwendung kommen. 3. Liefert ein Schreiner schlechte Arbeit, so daß der Firma Schaden entsteht, so wird das betreffende Stück nicht übernommen und hat der Betreffende auf seine Kosten Ersatz zu machen. 4. Nach Schluß der Tagesarbeit hat das Aufräumen zu geschehen; sämtliche Werkzeuge sind von jedem Einzelnen in Ordnung zu bringen, die Werkbänke rein zu machen. Das Liegenlassen eines Werkzeuges auf einer Bank oder an einem Arbeitsplatz wird mit 50 \mathcal{A} bestraft usw.

Nun wird es wohl jedem denkenden Arbeiter klar sein, warum Herr Wolf die organisierten Arbeiter in seinem Betriebe nicht duldet. Ein trauriges Zeichen ist es aber für die Schreiner dieses Betriebes, daß sie sich ohne einen Finger zu rühren, eine bedeutend verschlechterte Arbeitsordnung aufhaken ließen. Aber nicht bloß aus der Werkstattordnung, sondern auch in seinem Schreiben an den Gauborstand der Holzarbeiter kennzeichnet sich der Fabrikpasha- und Referententumskönnen. Auf eine Mitteilung der Verwaltung der hiesigen Zählstelle ging ihr das betreffende Schreiben mit der Bemerkung wieder zu: „Mit dem Bemerkten zurück, daß wir jede Einmischung Ihrerseits als unbefugt energisch zurückweisen und uns jede weitere Zuschrift verbitten. Wer wir wegen Hekereien entlassen haben, ist unsere Sache und geht Sie garnichts an. Karl Wolf & Cie.“

Das wird aber die hiesige Organisation der Holzarbeiter nicht im Geringsten hindern, dahin zu streben, daß auch diese Schreiner einmal ihre Lage erkennen werden. Spät kommen sie, aber sie kommen doch noch zu uns. Dafür bürgt die Firma Wolf & Cie. Die organisierten Holzarbeiter werden aber wissen, was sie zu thun haben.

Zur Lohnbewegung der Tischler Lüneburgs.

Nach nunmehr 16wöchigem Kampfe konnten wir diese Woche wiederum eine Verhandlung in Szene setzen, nachdem wir Unterstützung bei drei Meistern fanden, diese uns auch versprochen, die Vereinbarungen in der Innung zu vertreten. Die Vereinbarungen waren folgende: 1. Einführung der 58 stündigen Arbeitszeit, mit einem Mindestlohn von M. 18, und 10 pZt. Aufschlag für diejenigen, welche mehr verdienen. 2. Sicherung des Mindestlohnes bei Akkordarbeit. 3. Ueberstunden werden mit 5 \mathcal{A} Aufschlag bezahlt. 4. Dieser Tarif wird bis zum 1. Mai 1900 anerkannt.

Wir empfangen hierauf folgendes Schreiben von der hiesigen Innung:

Ich bin beauftragt, Sie zu benachrichtigen, daß die von 22 Mitgliedern der Innung besuchte Versammlung am 10. d. Mts. einstimmig beschlossen hat, alle ferneren Verhandlungen abzulehnen und diejenigen freitenden Gesellen, welche bis zum 20. d. Mts. die Arbeit nicht wieder aufgenommen, sei es bei ihrem früheren oder einem anderen Innungsmeister, innerhalb drei Jahre unter keiner Bedingung wieder in Arbeit zu nehmen.
Lüneburg, den 12. August 1899.

Georg Fränke.

Wer laßt da? Wie viel will man denn noch auspressen? fünf Mann, vier Tischler und ein Drechsler, sind noch anwesend. Alle Uebrigen sind theils hier zu den neuen Bedingungen untergebracht, theils auswärtig beschäftigt. Man scheint etwas von Lüneburg gesehn zu haben. Sächselicher konnte sich die Innung wehrhaftig nicht machen.

Nach am Sonntag verhandelt mit einem Innungsmeister, welcher vor dem Streik sieben Mann beschäftigte und nur einen während des Kampfes. Dieser erklärte sich bereit, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit sofort einzuführen, ebenso den veränderten Lohn.

Ebenfalls haben wir mit dem größten Betriebe Lüneburgs verhandelt, jebiger ist geneigt, die 58 stündige Arbeitszeit einzuführen; wir erklärten uns bereit, nachdem wir unrichtig waren, von welchen Seiten er unabhängig abhängig sein muß und es nicht anders kann, und wenn er's gleich möchte; wir sind aber überzeugt, daß sich die 9 1/2 stündige Arbeitszeit bald, und ohne Streit, einführen läßt. Im Weiteren ist er mit der Lohnforderung ebenfalls einverstanden.

Nun wir man auch vorsichtshalber den Streik beilegen, so bleibt die Streite über Lüneburg doch bestehen, worauf wir ganz besonders hinweisen. Passt es also wie bisher streng fern zu halten.

Zur Lage der bayerischen Säge-Industrie.

K. Der Verein bayerischer Holzunternehmer äußert sich über den Geschäftsgang der Säge-Industrie und des Holzhandels im Jahre 1898 wie folgt:

In unserem Jahresberichte pro 1897 berichteten wir für das Ende des Jahres einen Rückgang in den Preisen der Sägemühen. Aber schon im Jahre 1898 erholten sich dieselben wieder, und bei reger Nachfrage wurden hohe Preise gerne angelegt. Der Rückgang des nordamerikanischen Holzpreises brachte eine kleine Erholung in's Gesicht, die indessen nicht von Dauer war. Die Bauarbeiten blieben infolge des geringen Holzpreises bis fast zu Ende des Jahres sehr reg,

und damit auch der Verbrauch der Rundhölzer entsprechend groß. Nur in der 3 m-Baare war die Nachfrage sehr mäßig und blühten die Preise gegen das Vorjahr um 5-6 pZt. ein, erholten sich aber wieder. Dieses anscheinend günstige Bild von der Lage unserer Säge-Industrie — die Produktion der 3 m-Baare ausgenommen — wird jedoch sehr wesentlich getrübt, wenn man die Steigerung in's Auge faßt, welche sich in den Preisen der Rundhölzer vollzogen hat. Schon heute wird es manchem Säger schwer fallen, die Verkaufspreise seiner Schnittwaarenproduktion mit den für das Rohholz angelegten Preisen in Uebereinstimmung zu bringen, und dazu hat sich auch heuer der Export von Langholz, Cellulose- und Grubenholz wieder ganz erheblich vermehrt, so daß die inländische Säge-Industrie ihre Vertriebe in vielen Fällen reduzieren mußte und dem Rundhollexport gegenüber weniger und weniger ihr Feld behaupten kann. Daß hieran die fatalen Eisenbahntarife für den Rundhollexport einerseits und den Transport unserer heimischen Schnittwaaren andererseits, sowie der Mangel einer leistungsfähigen Wasserstraße die Schuld tragen, ist schon zur Genüge ausgeführt worden, und wir müssen uns damit begnügen, zu konstatieren, daß diese unser ganzes wirtschaftliches Leben so schwer gefährdenden Verhältnisse trotz aller Bemühungen seitens der Interessenten an maßgebender Stelle leider eine Würdigung noch nicht gefunden haben. Dazu kam noch ein zur Zeit fast unerträglicher Wagenmangel bei den königl. bayer. Staatsbahnen. Derselbe schadet nicht nur, indem er die prompte Effektivierung übernommener Aufträge unmöglich macht, sondern er verursacht in vielen Fällen auch doppelte und dreifache Manipulationskosten der zu versendenden Waare. Daß das bei einem im Verhältnis so voluminösen und schweren Artikel wie unseren Schnittholzern Ausgaben verursacht, die einen etwaigen Nutzen zum größten Theile absorbieren, liegt für jeden Sachverständigen auf der Hand. Die Arbeitslöhne haben im Laufe des Jahres etwas angezogen; zu Lohnstreitigkeiten kam es nicht. Der Stammholzhandel hat im Berichtsjahre sehr florirt; die Preissteigerung bei demselben beträgt innerhalb der letzten Jahre mehr als 10 pZt.

Sehr lehrreich dürfte vorstehender Bericht für den Kollegen sein, wenn er damit unseren Auffass. Ueber die Lage der in den oberbayerischen Sägemühlen beschäftigten Arbeiter, Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung“, vergleicht. Während im Berichte eine flotte Steigerung der Produktion und ein erhebliches Anziehen der Preise, im Stammholzhandel mehr als 10 pZt., konstatirt wird, ist die Lage der Sägemüller die gleiche geblieben, ja dieselbe hat sich für die gelehrten Säger sogar noch merklich verschlechtert; immer mehr drängt man in den großen Sägemerken darauf hin, ungelernete Kräfte an den Kreislagen zu beschäftigen. Wenn im Berichte angeführt wird, die Löhne haben etwas angezogen, so trifft das nur bei den Sägern zu, welche durch den regen Geschäftsgang in der Lage waren, im Akkord, bei übermäßig langer Arbeitszeit, etwas mehr herauszuschinden. Bei dem Tagelohn ist nicht die geringste Steigerung zu konstatieren, derselbe beträgt nach unserer Statistik vom heurigen Jahre im Durchschnitt M. 2,74 pro Tag, bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 14 Stunden pro Stunde nicht einmal ganze 20 \mathcal{A} .

Ebenso schlecht ist es mit der Unfallziffer bestellt, und gehören die Sägemüller zu denjenigen Arbeiterkategorien, deren Widerstandskraft durch die übermäßige Anstrengung schon bedenklich zu erschaffen beginnt. Das es zu keinen Lohnstreitigkeiten gekommen ist, dafür sorgen die Herren Sägemühlbesitzer, welche jede Bewegung der Arbeiter, sich zu organisieren, zu verhindern suchen, ebenso der leider zum Theil noch sehr große Indifferentismus, der in den Köpfen dieser Arbeiterkategorien noch spukt. Würden diese Arbeiter dem Rufe der Kollegen vollzählig Folge leisten, welche das Banner der Organisation in den Gebirgsorten aufzupflanzen sich bemühen, dann würde die Zeit nicht mehr fern sein, in welcher der Bericht über die Lage der Arbeiter auch etwas günstiger lauten würde, wenn auch im Jahresberichte der bayerischen Holzunternehmer zu lesen wäre, da und dort kam es zu Lohnstreitigkeiten. Nur der verdient einen höheren Lohn, der ihn erkämpft, der ihn täglich erkämpfen hilft.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Wenn die Frage betreffs der Arbeitslosenunterstützung, wie vorausichtlich war, wieder zur Diskussion steht, so berührt es eigentümlich, wenn in den Bereich der Betrachtungen so kleinliche und engherzige Meinungen geschoben werden, wie durch den Artikel des Kollegen Ludwig Hader, insofern er meint, daß die Befürworter der Arbeitslosenunterstützung die kleinen Zahlstellen außer Acht gelassen haben, und giebt sich auf die Frage nach den Vortheilen die Antwort: einfach gar keine. Zunächst ist durch die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen in den kleinen Zahlstellen, wodurch der Zug nach den größeren Städten gefördert wird, die Nothwendigkeit der Rücksicht auf eine kräftige und starke Organisation zur Verbesserung auch in den kleinen Zahlstellen gegeben. Der Hinweis des Mangels an Arbeitskräften hinkt ebenfalls, da es zu den Vätern der Unternehmer gehört, dort wo der schlechteste Lohn gezahlt wird, große Betriebe zu errichten zu allerhand Arbeiten und Artikeln, und dadurch kann jede x-beliege kleine Zahlstelle gar bald die Maschinenarbeiten, welche seitens der Unternehmer gegen die Arbeiter und ihre Organisation geführt werden, genießen. Die auf Geschäftsforderungen usw. mit Naturnothwendigkeit folgenden Entlassungen der dem Unternehmer mißliebigen, aber unserer bestorganisierten Arbeiter, können sehr leicht zunächst die Vereinnung der Organisation und Verschlechterung der Verhältnisse zur Folge haben. Deshalb ist es wohl zurückzumeifen, wie Kollege Hader, die Kollegen zu bitten, gegen die Arbeitslosenunterstützung Stellung zu nehmen, da sie nur mehr bezahlen müssen, jedoch keine Gegenleistung haben; die für den Schutz durch die Organisation gegen die Ausbeutung in jeder Form zu zahlenden Prämien werden schon viel zu mager bemessen, aber es hat an Wünschen nach höheren Leistungen noch nicht gefehlt; dagegen vertritt man gewöhnlich Alles gegen enorme Abzüge seitens der Unternehmer, wo es sich wöchentlich um mehrere Mark handelt. Dies gebührend zurückzumeifen, unterlassen die Kollegen, weil diejenigen, welche sich die angelegte Nichtleistung als willkommenen Ausweichgrund angenommen haben, als unzuverlässig im Kampfe zu betrachten sind. Auf diese Weise geht das wieder verloren, was zwar durch schwere Opfer erreicht worden ist. Wenn das Ereignis festgehalten wird, dann ist es eher möglich noch etwas hinzu zu gewinnen, als das Vertorgergegangene wieder zu gewinnen: darüber wünscht uns auch die empfohlene Beitragserhöhung von 20 \mathcal{A} auf 25 \mathcal{A} , um dadurch die Streikunter-

stützung erhöhen zu können, um weniger Streikbrecher zu haben, nicht. Ein stabiler Mitgliederbestand durch die Einföhrung der Arbeitslosenunterstützung ist wohl entscheidender für spätere Lohnkämpfe.

W e i ß e n f e l d .

S. Rednagel.

Alle Die, welche geglaubt haben, mit der Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung auf dem letzten Verbandstage würde die Sache erledigt sein, sehen sich getäuscht. Ich bin nun der Meinung, daß dieselbe trotz der vielen Anhänger nicht eingeführt werden kann. Die Zahlen, welche der Vorstand und der u. Mitarbeiter der „Holzarbeiter-Zeitung“ vorführen, mögen gegenwärtig stimmen, steigen aber, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist. Vor allen Dingen wäre es ungerecht, den Mitgliedern, welche zwischen zwei und zehn Jahren dem Verbands angehören, auch erst nach einem Jahre die Arbeitslosenunterstützung zahlen zu wollen. Da diese Mitglieder den Stamm bilden, ist es notwendig ihnen entgegenzukommen; fraglich ist aber bei der Mehrzahl derselben, ob sie gewillt sein werden, 10-15 \mathcal{A} Beitrag mehr zu zahlen.

Daß die Lohnverhältnisse in Großstädten bessere sind als in kleineren Orten, weiß Jeder. Die Kollegen daselbst sind eben aufgefällter und haben auch mehr Bedürfnisse, aber trotzdem sind sie eher im Stande einen höheren Beitrag zahlen zu können. Ich zweifle, daß durch die Arbeitslosenunterstützung die Indifferenten für die Organisation zu gewinnen sein werden. So lange diese Leute Arbeit haben, rechnen sie mit der Möglichkeit, arbeitslos zu werden, nicht. Eher würden sie zu gewinnen sein, wenn Krankengeldzuschuß gezahlt würde. (Bezüglich der Abreise lediger Kollegen im Falle der Arbeitslosigkeit befinden Sie sich im Irrthum, wir lassen daher diesen Theil weg. Die Red.) Ich zweifle weiter, daß wir durch die Arbeitslosenunterstützung einen Einfluß auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben können, denn die Zahl der Organisirten beträgt erst 10 pZt. Besser als die Arbeitslosenunterstützung wäre ein größeres Entgegenkommen der Verwaltungsbeamten den zugereisten Kollegen gegenüber in Bezug auf Aufklärung über die Arbeitsverhältnisse am Orte, über die üblichen und festgesetzten Löhne usw.

Wenn da von einem Einsender gesagt wurde, die Arbeitslosenunterstützung sei der Keim, um die Mitglieder zusammen zu halten, so bestreite ich das! Fegen und Wisse, die man fitteln müßte, hat der Verband nicht. (So hat der Einsender das auch nicht gemeint. D. Red.) Ich erinnere nur an die Streiks in Schwandln, Lauterberg und andere. Der Verband hat in schlechterer Zeit die Mittel aufbringen können, und heuf, wo er 55 000 Mitglieder zählt, soll er gekittet werden?

Unser Verband hat seit 1895 viel geleistet ohne Arbeitslosenunterstützung. Ich warne bringen, die Letztere einzuführen, denn eine große Anzahl Mitglieder und Zahlstellen werden dem Verbands durch Erhöhung des Beitrages verloren gehen. Wer diese Folgen nicht zu übersehen vermag, kennt die Verhältnisse der deutschen Holzarbeiter nicht.

D r i e g .

F r i e ß H ä u s l e r .

Wenn man das Abstimmungsergebnis über die Arbeitslosenunterstützung auf dem letzten Verbandstage ansieht, so muß man sich wundern über die Siegeszufriedenheit, mit welcher die Befürworter der Unterstützung die Artikel für dieselbe niederschreiben. Denn daß diese Unterstützung schon auf dem nächsten Verbandstage delegirt wird, bezweifle ich stark; es sei denn, es wären nur Delegirte aus Großstädten in Nürnberg.

Voraussetzungen will ich, daß ich kein prinzipieller Gegner der Arbeitslosenunterstützung bin, obwohl ich so manchen in Aussicht gestellten Nutzen der Unterstützung böllig verneine.

Warum sollen übrigens die Gründe, welche seither von Gegnern der Unterstützung gebracht wurden, nicht mehr stichhaltig sein? Unter vielen will ich nur einige anführen. Daß an einem Orte, wo gestreift werden, soll die Mitgliederzahl steigt und nach dem Streik wieder fällt, wird auch fernerhin zu verzeichnen sein; daran wird die Arbeitslosenunterstützung nichts ändern. Die Kollegen, die nach dem Streik dem Verbands den Rücken kehren, thun dies nicht aus Angst vor Arbeitslosigkeit oder weil der Verband ihnen eventuell keine Unterstützung giebt, nein, diesen Leuten ist es nur um den wöchentlichen Beitrag zu thun; daß hier auch die Höhe des Beitrages etwas auf diesen Entschluß einwirkt, ist doch wohl für Jeden klar.

Es wird weiter gesagt, die arbeitslos gewordenen Kollegen würden ihre Arbeitskraft nicht zu jedem Preis anbieten, wenn sie Arbeitslosenunterstützung erhielten; dies wird wohl nur theilweise zutreffen, wenn die Unterstützung auf M. 6-7 festgesetzt wird. Würde dagegen die Prophezeiung der Befürworter zutreffen, wo blieben da die jetzt angenommenen, zur Berechnung gezogenen Arbeitslohnziffern der Kollegen Leipzig und u.?

Noch häufiger erscheint mir der Einwand, daß die Verbände mit Arbeitslosenunterstützung einen bedeutend höheren Passenbestand aufzuweisen haben, da doch ein Blick auf die Vertragsleistung und sonstigen Verhältnisse Alles erklärt. Daß einzelne Verbände zu derartigen Musterorganisationen geworden sind, haben sie doch auf keinen Fall der Arbeitslosenunterstützung zu verdanken, sondern anderen Umständen.

Es wird ausgerechnet, daß mit einem Mehrbeitrag von 10 \mathcal{A} pro Woche auszukommen wäre; ob aber ein großer Theil der Mitglieder (wenn nicht der größte) bereit wäre, diesen Mehrbeitrag zu zahlen, darnach hat noch keiner von denen gefragt. Und doch ist dies die wichtigste Frage. Würde ich nicht, daß durch Erhöhung des Beitrages auf 30 \mathcal{A} mehrere Tausend Mitglieder dem Verbands den Rücken kehren, daß fernerhin eine Agitation für den Verband unter den indifferenten Arbeitern noch schwieriger sein würde, dann würde auch ich nichts gegen diese Unterstützungsrichtung einwenden. Man denke doch an eine Agitation unter Arbeitern, welche wöchentlich M. 11-12 verdienen, oder neben Kost und Logis M. 4-6 wöchentlich erhalten, wenn man ihnen sagen muß, daß sie hierbon für den Verband 30 \mathcal{A} vor allen Dingen abgeben müssen. Man denke fets daran, daß man es mit indifferenten Arbeitern zu thun hat.

Andererseits steht auch fest, daß von den vorhandenen Mitgliedern mehrere Tausend nicht mehr mitmachen würden, weil der Beitrag ihnen zu hoch sein würde. Sogar ganze Zahlstellen, die heute seit Jahren fast tadelloß ihre Aufgabe erfüllt haben, würden von der Bildfläche verschwinden. Man muß nur in die kleinen Orte gehen und sich die Stimmung für die erhöhten Beiträge ansehen, und man wird weniger fiesgedemüth schreiben. Man denke doch nur an die Erhöhung 1896. Man beruft sich auf das Solidaritätsgefühl der Mitglieder der kleineren Zahlstellen denen der großen gegenüber, doch muß

denn nicht Jeder eingestehen, daß dieses auch unter den Mit- gliedern noch viel zu wünschen übrig läßt?

Aus all' Diefem bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es besser für unseren Verband ist, wenn die Arbeitslosen- unterstützung nicht eingeführt wird. Der Holzarbeiterverband würde an Bedeutung verlieren, wenn durch dieses Experiment ein nicht unbedeutender Theil der Mitglieder dem Verbanne den Rücken kehren würde; deshalb lehnen wir im nächsten Jahre die Arbeitslosenunterstützung ab.

W i l h e l m a. d. G l e b e.

Emil Lehmann.

Nachdem vor nicht 1 1/2 Jahren auf dem Verbandstage mit nahezu vierfünftel Majorität die Einführung der Arbeits- losenunterstützung abgelehnt wurde, wird jetzt mit Hochdruck Stimmung dafür gemacht. Welche Gründe sprechen nun dafür. Es werden Berechnungen aufgestellt, um die Möglichkeit der Arbeitslosenunterstützung zu beweisen, aber über die Zweckmäßigkeit derselben ist bis jetzt kaum eine Stimme laut geworden. Immer wieder werden die Organisationen, welche diese Einrichtung schon haben, als Muster vorgeführt, da sie prozentual stärker sind, als diejenigen ohne Arbeitslosenunter- stützung. Es liegt mir bei meinen Ausführungen fern, die Arbeitslosenunterstützung als gänzlich unpraktisch zu verwerfen. Aus reinem Menschlichkeitsgefühl müßte man unbedingt dafür eintreten, aber aus taktischen Gründen muß man das Für und Wider reiflich abwägen. Die Arbeitslosenunterstützung soll den Verband stabiler machen. Zugegeben, daß die Mitglieder durch die Gegenleistung des Verbandes nicht so leicht wieder aus- scheiden oder durch Nachlässigkeit sich streichen lassen, so kommt sogleich wieder in Betracht, daß ein Theil einzig und allein wegen der Unterstützung die Mitgliedschaft nachsucht und den Verband von vornherein als Unterstützungsverein betrachtet. Aus Eigeninteresse wird von diesen Mitgliedern auf der Arbeits- stätte und bei jeder Gelegenheit für den Verband agitirt. Die a u f d i e s e Weise herangezogenen Mitglieder sind nicht über den wahren Zweck der Organisation unterrichtet und kommen nicht als gewerkschaftliche Streiter zu uns. Die Gefahr, am Wege zu straucheln und das Ziel aus den Augen zu verlieren, ist dadurch nahe gerückt. Dies der erste Grund, bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorsichtig zu sein. Da unbedingt die Beiträge erhöht werden müssen, geht uns ein Theil der Mit- glieder verloren, denn in den kleinen Orten ist die Erhöhung von 10 % pro Woche schon erheblich und die Vortheile sind nur sehr minimal. Haben doch schon im vorigen Jahre die kleinen Zahlstellen dagegen Stellung genommen. Die Arbeits- losigkeit ist dort nicht so allgemein wie in den Großstädten, auch wird sie meist die Dauer einer Woche nicht überschreiten. Hieraus ergibt sich, daß die kleinen Zahlstellen nur die Kosten der Arbeitslosenunterstützung mit aufbringen müssen, die Vor- theile derselben aber fast gänzlich genießen. Dies der zweite Grund, gegen die Arbeitslosenunterstützung zu sein, da zweifellos ein Theil der Mitglieder wegen der angeführten Thatfachen dem Verband den Rücken kehren wird. Fühlen sich doch die Mit- glieder der kleinen Zahlstellen schon jetzt den großen gegenüber im Nachtheil, z. B. bei Streiks. Die kleinen Zahlstellen sind meist nicht in der Lage schon drei Monate vorher bestimmen zu können, wie sich die Verhältnisse gestalten. Kommt dann die günstige Periode, kann sie nicht ausgenutzt werden. Wird der Antrag gestellt, der Streik genehmigt, dann ist die Arbeit fertig gestellt und die Arbeitsverhältnisse bleiben dieselben. In den Großstädten läßt sich die Konjunktur mit ziemlicher Sicherheit vorher beurtheilen und kann der Streik rechtzeitig angemeldet werden. Will man Einrichtungen schaffen, welche den Verband stärken sollen, so müssen Rechte und Pflichten allen Mitgliedern gleich- mäßig zugänglich sein, nicht künstliche Unterschiede zwischen Groß- und Kleinstädten geschaffen werden. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bewirkt den Kampfcharakter der Organisation und begünstigt den Mißmuth unter den Kollegen. Außerdem sind die Berechnungen in dem u. Artikel in Nr. 31 für mich nicht stichhaltig. Wer will bei dem Stande der heutigen Maschinenteknik behaupten, daß die Arbeitslosigkeit 8 pZt. nicht übersteigt. Wer will behaupten, daß in einem Jahrzehnt fünf Jahre der Prosperität und fünf Jahre der Krise angehören? Haben doch Marx und Engels schon vor 50 Jahren die That- sache festgestellt, daß die Krisen in immer kürzeren Zwischen- räumen stattfinden und von immer längerer Dauer sein werden. Was durch den Kapitalismus sich bis jetzt bewahrt hat, wird in den kommenden Jahren noch schärfer hervortreten. Wir können auf die Dauer unsere Arbeitslosen materiell nicht halten, wohl aber können wir durch intensiven Kampf die Arbeitszeit verkürzen und den Lohn steigern. Dies ist die beste Arbeits- losenunterstützung und stärkt das Klassenbewußtsein. Mögen die kleinen Zahlstellen die Frage nochmals prüfen und dann ihr Wort mit in die Waagschale werfen.

S a l b e r s t a d t.

Gustav Haupt.

In einem vor einigen Wochen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienenen Artikel wurde aus der Einführung der Arbeitslosen- unterstützung im Metallarbeiterverband die Möglichkeit hergeleitet, dieselbe auch im Holzarbeiterverband einzuführen. Mit der Ein- führung derselben ist jedoch nicht erwiesen, daß sich dieselbe auch bewähren muß. Ein abschließendes Urtheil darüber ist in den ersten Jahren nicht möglich. Will es auch scheinen, daß sich die Freunde der Arbeitslosenunterstützung von Jahr zu Jahr vermeh- ren, so ist doch mehr als zweifelhaft, ob sich der Erfolg, der von der Einführung derselben erwartet wird, thatsächlich einstellen wird: nämlich die Hebung der Gewerkschaftsbewegung. Was unseren Organisationen fehlt, ist die Anerkennung derselben seitens der Unternehmerorganisationen als gleich- berechtigter Faktor zur friedlichen Regelung der Arbeitsverhält- nisse und Produktionsbedingungen. Durch diese Mitbestimmung der Arbeiter allein wird es möglich sein, den Umfang der Produktion dem thatsächlichen Konsumbedarf anzupassen durch Regelung der Arbeitszeit usw. Allen arbeitsfähigen Händen die Theilnahme an der Gütererzeugung zu ermöglichen, das ist die einzige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst. Wenn aber dies der richtige Weg ist zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, so ist die prinzipielle Seite der Frage der Arbeitslosenunter- stützung gelöst, so kann auch die Einführung derselben als ernstes Mittel zur Heilung dieses sozialen Schadens nicht in Betracht kommen.

Daß heute den Arbeiterorganisationen das Recht der Mit- bestimmung an der Produktion noch bestritten wird, zeigen die Vorgänge der letzten Zeit zur Genüge. Debel jagte selbst vor kurzem im Reichstage: „Neue sind die Unternehmerorganisationen den Arbeiterorganisationen bei Weitem überlegen.“ So lange

diese Ueberlegenheit plaggreift, wird auf eine Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Unternehmer im Allgemeinen nicht zu rechnen sein.

Fast alle größeren Lohnkämpfe arten aus zu Kämpfen um die Existenz der Arbeiterorganisationen, und es wird noch ganz gewaltiger Kämpfe der Arbeiter bedürfen, um ihrer Organisation den nöthigen Respekt zu verschaffen. Zunächst muß daher darauf gesehen werden, daß die Gewerkschaften in den Stand gesetzt werden, diese Kämpfe mit Erfolg zu führen. Sobald die wirt- schaftliche Krise hereinbricht, deren Anzeichen sich schon heute bemerkbar machen, wird das Unternehmertum versuchen, Das- jenige, was man durch ein Zuchthausgesetz nicht fertig brachte, durch Massenaussperrungen der organisirten Arbeiter nach bänntischem Muster zu erreichen. Um diesen Schlag pariren zu können, brauchen wir neben einer großen, für den Klassenkampf geschulten, zähe ausdauernden Mitgliederzahl auch genügend gefüllte Kassen. Eine Erhöhung der Beiträge wäre zu erwarten und zur Ansammlung eines Kampffonds schon jetzt erwünscht und empfehlenswerth.

Die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung erhoffen von der Einführung derselben eine Zunahme und größere Stabilität in den Mitgliederbeständen. Es mag sein, daß diese Erwartungen zu- treffen. Ob aber die Zahl der Kämpfer dadurch erheblich ver- mehrt wird, ist noch fraglich. Schon jetzt hört man fast überall Klagen über den schlechten Veranlassungsbesuch usw., wie über- haupt über zu geringe Theilnahme an gewerkschaftlicher Be- thätigung seitens eines Theiles der Mitglieder. Beträgt heute die Zahl der Mitglieder, die da glauben, mit der Zahlung ihres Beitrages ihrer gewerkschaftlichen Pflicht voll auf genügt zu haben, z. B. 30 pZt., so wird sich dieser Prozentsatz bedeutend erhöhen durch den Masseneintritt von Mitgliedern, die sich erst durch die Vortheile einer Arbeitslosenunterstützung zum Beitritt bestimmen lassen. Daß aber diese Mitglieder zur Führung der Kämpfe, die uns bevorstehen, nicht fähig sind, muß Jedem einleuchten.

Es wird nun vielfach angeführt, daß die Arbeitslosen- unterstützung das Herabsinken der Löhne hintanhalt. Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften werden aber durch eine Arbeitslosenunterstützung in dem Umfange, wie sie von unserer Organisation gewährt werden kann, fast gänzlich berührt. Ein Kollege, der im Winter mit seiner Familie sich schon vielleicht vier Wochen mit z. M. 36 Unterstützung durchhungerte, wird jedenfalls eher für einen Lohn von M. 18 in Arbeit treten, als im Vertrauen auf vielleicht noch zu erlangende M. 9 Unter- stützung zu warten, bis ihm M. 24 Lohn geboten werden.

Also auch in dieser Hinsicht wäre die Arbeitslosenunter- stützung nicht zu empfehlen. Sollte man aber gar der Organisation die Pflicht aufhalsen, die Opfer der wirtschaftlichen Mißstände, die durch dieselbe heute noch nicht gehoben werden können, vollends über Wasser zu halten, so könnte man mit demselben Rechte auch verlangen, daß die Organisation auch dem Arbeiter, dem sie zu einem zum anständigen Leben notwendigen Lohn momentan nicht verhelfen kann, die Differenz aus der Kasse draufzahle. Die Pflicht zur Unterstützung der Arbeitslosen steht also auf sehr schwachen Füßen.

Sollte nun schließlich die Arbeitslosenunterstützung als Agitationsmittel dienen, so haben wir doch eine große Menge weit weniger kostspieliger Mittel, die gleichzeitig mehr Erfolg erhoffen lassen, als dieses.

Verwenden wir daher alle Kräfte und Mittel, die jetzt für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mobil gemacht werden, dazu, für die zu erwartenden Kämpfe eine große, ziel- bewußte, kampfesfreudige und ausdauernde Arbeitermasse heran- zubilden; sorgen wir bei Zeiten für einen ansehnlichen Kampf- fonds, und halten wir alle die Dinge aus der Organisation fern, die uns irgendwie hindernd im Wege stehen könnten, und hierzu gehört auch die Arbeitslosenunterstützung.

M a i n z.

G. Kloman.

Kundschau.

Zuchttauschwärmer. Die nordwestdeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller trat nach einem Referat des Abgeordneten Dr. Reumer einstimmig dem Beschluß des wirtschaftlichen Vereins bei, der, wie aus dem Versamm- lungsbericht hervorgeht, „aus der praktischen Erfahrung seiner Mitglieder heraus angeht, daß in bedauerlicher Weise zu- nehmenden Terrorismus der agitatorischen Elemente, welche die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in einen Koalitionszwang um- wandeln, die Arbeitsgelegenheit vermindern und das National- vermögen auf's Schwerste schädigen, strenge Bestimmungen be- hufs des Schutzes der Arbeitswilligen für durchaus notwendig erklärt. Auch die nordwestliche Gruppe hat deshalb das Vor- gehen der verbündeten Regierungen mit besonderer Be- friedigung begrüßt und giebt der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß sich nach erneuter Prüfung der einschlägigen Verhältnisse in der Herbsttagung des Reichstages eine Mehrheit zur Erreichung des genannten Zweckes finden werde.“

Schutz dem gewerblichen Arbeitsverhältnis! Aller- dings einen anderen Schutz als die Zuchttausvorlage ihn will. Die soeben erschienenen Jahresberichte der preußischen Fabrikinspektoren liefern wieder einen klaffenden Beweis dafür, wie die Unternehmer die zum Schutze der Arbeiter bestehenden Gesetzesvorschriften mißachten und wie wenig Nachtheile das für sie im Gefolge hat.

Die Beamten theilen mit, daß sie in den revidirten Be- trieben — die nur einen Bruchtheil der vorhandenen ausmachen — 12 207 Verletzungen der zum Schutze der weiblichen und jugendlichen Arbeiter erlassenen Vorschriften ermittelt haben.

Wegen dieser 12 207 Gesetzesverletzungen wurden 890 Unternehmer, das sind etwa 7 1/2 pZt., bestraft. Selbst wenn man die 4832 Uebertretungen der Vorschriften über Aushänge und Anzeigen gänzlich außer Acht lassen wollte, so blieben noch immer 7375 Vergehen gegen das Gesetz, und die Bestrafungen erreichen dann immer erst etwas über 12 pZt.

Daß ein solcher Zustand die Unternehmer nicht von ihren Gesetzesverletzungen abschrecken kann, leuchtet ein.

Setze Dividende zu verteilen schlägt die Verwaltung der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft den Aktionären vor. Sie will nämlich 18 pZt. gegen 13 im Vorjahre zur Verteilung gelangen lassen. Bekanntlich wurde vor zwei Jahren den Werftarbeitern nach langem Kampfe ein Fernig Lohn pro Stunde zugelegt mit der Motivirung, daß die Schiffbauindustrie außer Stande wäre, höhere Löhne zahlen zu können. Was

wurden 9 pZt. Dividende gezahlt, heute soll das Doppelte zur Verteilung kommen!

Die Herren verstehen sich ganz vorzüglich auf die Theileret der Erträge fremder Arbeitskraft. Möchten die Arbeiter das doch bald einsehen und gemeinsam Abwehrmaßnahmen treffen, durch die den Aktionären, diesen menschlichen Hyänen, das Rupfen der Arbeiter verleidet würde.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

In dem Situationsbericht aus Freiburg i. B. glaubt der Verfasser dem Vorstande einen Vorwurf machen zu sollen, dahin- gehend, derselbe habe keine entscheidende Antwort gegeben, weil ein Gutachten des Gauvorstandes nicht eingelaufen sei. „Ein vom Gauvorstande eingelaufenes Schreiben müsse als dessen persönliche Ansichten betrachtet werden.“

Dies ist unrichtig. Auf ein von uns unterm 8. März verlangtes Gutachten traf am 11. April ein Schreiben vom Gauvorstand ein, welches wir allerdings, und dies wurde mit- getheilt, nur als eine „vorläufige Mittheilung“ betrachten konnten. Daß wir hierzu vollberechtigt waren, geht aus folgenden Sätzen des betreffenden Schreibens hervor:

„Seht sich der Mitgliederstand nicht weiter, wie er es bis jetzt gethan, dann kann ich nicht sonderlich das Gesuch empfehlen“ und

„Uebrigens ist das Gesuch wohl erst für später gestellt worden.“

Mit der falschen Behauptung fällt dann wohl auch der Vorwurf in sich zusammen.

Zum Laufe der nächsten Woche kommen die Statistikbrochüren zum Versand, und wollen dieselben halbigst unentgeltlich an die Mitglieder vertheilt werden. Sollten die übersandten Exemplare nicht ausreichen, so bitten wir, die fehlenden zu reklamiren.

Nachstehende verlorene Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 20106 Hanisch, Moiss, Tischler, geb. 9. 1. 53 zu Wanowitz.
- 21422 Fischer, Eduard, Tischler, geb. 10. 11. 75 zu Tharandt.
- 67622 Böffel, Georg, Tischler, geb. 7. 3. 72 zu Fürth.
- 108843 Riefchel, Emil, Zimmerer, geb. 2. 8. 78 zu Gottleuba.
- 110825 Herold, Karl, Tischler, geb. 11. 4. 79 zu Pöbische.
- 151110 Kassaule, Friedr., Tischler, geb. 5. 8. 74 zu Stettin.
- 157967 Nowak, Josef, Tischler, geb. 17. 3. 64 zu Pompowo.
- 170738 Sickingler, Friedr., Tischler, geb. 9. 7. 82 zu München.
- 172782 Westphal, Karl, Tischler, geb. 27. 10. 78 zu Joachimsthal.
- 175007 Antermann, Willi, Tischler, geb. 13. 8. 77 zu Neubamm.
- 183879 Jung, Wilh., Tischler, geb. 1. 6. 74 zu Hasteb.
- 183908 Beszcek, Ludwig, Büstenmacher, geb. 7. 9. 77 zu Raga- fewe.
- 189084 Kubel, Fritz, Tischler, geb. 26. 3. 73 zu Breslau.
- 205744 Büchtele, Karl, Dreher, geb. 5. 11. 77 zu Sulzbach.

Stuttgart, den 19. August 1899.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

13. Gau. Vorort Braunschweig.

Von jetzt an sind sämtliche Zuschriften für den Gau- vorstand wieder an Alfred Bartels, Kreuzstraße 115, zu senden.

Korrespondenzen.

Blankeneje. (Situationsbericht.) Unsere Zahlstelle, welche vor nunmehr 5 Jahren gegründet wurde und die Gemeinden Blankeneje, Dodenhuben, Riensiedten, Sülldorf, Rissen usw. umfaßt, hat sich ganz gut bewährt, und wenn auch nicht eines Jeden Wünsche erfüllt worden sind, so können wir im Großen und Ganzen zufrieden sein. Von etwa 50 Bau- und Möbel- tischlern (andere Gewerkschaften kommen hier zur Zeit nicht in Frage) gehören zur Zeit 41 dem Verband an. Der Zahlstelle ist es im Laufe der Jahre gelungen, für Möbeltischler einen Minimallohn von 40 % einzuführen, Bautischler erhalten 50 %. Die Lichtarbeit für die Bauwerkstätten ist jetzt allenthalben beseitigt. Bemerkte sei hier noch, daß die Bautischler das Werk- zeug selbst zu stellen haben. Der Lohnsatz für Letztere mag manchem Kollegen anderer Orte hoch erscheinen, doch muß hier in Betracht gezogen werden, daß der Lebensunterhalt hier bedeutend theurer ist, als in dem nahen Hamburg und Altona. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 Stunden. Im Afford wird hier in Blankeneje-Dodenhuben, wo wir hauptsächlich Kontrolle üben können, nicht gearbeitet. Doch wurde in unserer letzten Versammlung Klage geführt, daß in Sülldorf und Rissen von Seiten einiger Altonaer Kollegen, welche Mit- glieder der dortigen Zahlstelle sind, im Afford gearbeitet wird, obgleich es sich dort leicht vermeiden ließe. Zum Schluß noch die Bemerkung, daß die Bauthätigkeit dieses Jahr hier bedeutend nachgelassen hat und sind für die hiesigen Tischler trübe Aus- sichten, da schon mehrere Zimmermeister ihre Tischlerarbeit auswärts machen lassen.

Frankehausen a. Kyffh. Das Truchstern der hiesigen Perluntenknopf-Fabrikanten, welches durch die Hausindustrie in weitgehendem Maße g.ördert wird, haben die Kollegen doch erkennen lassen, daß nur durch Anschluß an die Organisation diesem System Einhalt geboten werden kann. Durch fortwährende agitatorische, sowie mündliche Vorhaltungen ist es gelungen, den größten Theil der Kollegen zum Anschluß an den Verband zu bewegen, so daß wir jetzt einen Mitgliederstand von über 200 haben. Was es Will von den Affordpreisen am Orte zu be-

kommen, wurden durch eine Kommission von jeder Werkstätte Lohn- resp. Preislifen eingefordert, und da stellte sich heraus, daß, so viele Werkstätten auch vorhanden, in jeder die Preise verschieden sind. Es kommt vor, daß für ein und dieselbe Arbeit (ein Groß Knöpf) M. 2 weniger bezahlt werden. Diese Preisunterschiede zu beseitigen, d. h. nach oben abzurunden, soll die nächste Aufgabe der hiesigen Zählstelle sein. Es soll eine einheitliche Preislifte aufgestellt und den Fabrikanten vorgelegt werden. Für den Fall der Ablehnung behalten wir uns weitere Schritte vor. Zugug von Knopfarbeitern ist schon jetzt fern zu halten.

Hannover. Aus dem Bericht, welcher in unserer am letzten Sonnabend stattgefundenen Generalversammlung gegeben wurde, ging hervor, daß noch in keinem Quartal, seit Bestehen der Zählstelle, eine solch hohe Einnahme zu verzeichnen war, wie im letzterfolgenden. Die Zahl der Mitglieder beträgt zur Zeit 985, hat demnach im letzten Quartal um ca. 200 zugenommen. Für die Dänen gingen auf Sammellisten M. 111,20 ein, außerdem wurden aus der Lokalfasse noch M. 100 bewilligt. Aus der Lokalfasse wurden außerdem M. 100 zur Agitation dem Gauvorstande überwiesen. Die ersteren Beträge sollen der Zentralfasse überwiesen werden, da von dort schon M. 10 000 nach Dänemark abgeführt sind.

Leipzig. Den hiesigen Korbmachern hielt in einer öffentlichen Versammlung Genosse Gerlitzky einen Vortrag über Zentral- und Lokalorganisationen. Nachdem der Redner zunächst darauf hingewiesen, wie von den verschiedensten Seiten, nicht zum Wenigsten von den Agrariern, die Ziele der Gewerkschaften als unfruchtbar verächtlich würden und wie man deshalb die Bewegung durch Ausnahmefälle zu erschweren und zu hindern versuche, wurde betont, daß auch in der Korbmacherei die Löhne viel zu gering seien und daß es auch in diesem Berufe dringend nötig sei, bessere, menschenwürdige Zustände zu schaffen. Dies werde aber, zum Vortheile für jeden Einzelnen, auf dem Boden der Gewerkschaft erreicht, wenn Herr Posadowsky auch zehnmal behauptet, daß die Gewerkschaften nur zum Zweck von Ausständen geschaffen seien. Im Uebrigen sei die Leitung der Gewerkschaften stets bemüht, vor Injurierung eines Streiks es erst mit anderen Mitteln zu versuchen und auf gütlichem Wege eine Einigung herbeizuführen. Was nun aber die Verhältnisse der hiesigen Korbmacher betrifft, so sei deren Lage nach der von einer Kommission ausgearbeiteten Statistik eine ganz erbärmliche zu nennen. Im höchsten Grade bedauerlich aber sei es, wenn unter solchen Umständen sich — wie in Göhlitz und Lindenau — noch Kollegen fänden, die sich weigerten, über ihre Verhältnisse Auskunft zu geben. Was nun zunächst die statistisch ermittelte Arbeitszeit betrifft, so beträgt dieselbe pro Woche im Mindestfalle 54, im Höchstfalle 72 (!) Stunden. Es sind theilhaftig eine Werkstätte mit 54, eine mit 58½, sieben mit 60, sechs mit 66, eine mit 70 und eine andere mit 72 Stunden. Was die Zahl der Arbeiter, deren Alter und Zivilstand betrifft, so sind ermittelt worden: 17 Verheiratete mit einer Gesamtzahl von 41 Kindern, und 17 Lebige; von diesen haben ein Alter von 60—70 Jahren vier Gehülfen, von 50—60 Jahren zwei, von 40—50 Jahren sieben, von 30—40 Jahren sieben, von 20 bis 30 Jahren zehn, jünger als 20 Jahre sind vier Gehülfen. Es werden bei Lohnarbeit pro Stunde gezahlt: in einer Werkstätte 35 $\frac{1}{2}$, in dreien 30 $\frac{1}{2}$, in sieben 25 $\frac{1}{2}$, in zweien 20 $\frac{1}{2}$ und in vier Werkstätten 18 $\frac{1}{2}$. Von einer Werkstätte ist noch besonders hervorzuheben, daß hier die Löhne um 20 pZt. gesunken sind. Und bei diesen elenden Verhältnissen ist es obendrein noch vorgekommen, daß ein 30 Jahre alter Kollege von seinem Meister geschlagen wurde. Der Referent schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Presse und meinte, daß, wenn die „Neuesten Nachrichten“, die von einem Stundenlohn von 20—30 $\frac{1}{2}$ gesprochen hätten, nicht besser über die Verhältnisse unterrichtet wären, sie ihre Berichte doch lieber ganz unterlassen möchten. Nachdem hierauf verschiedene Kollegen dazu gemacht hatten, die noch Fernstehenden aufzufordern, dem Holzarbeiterverbande beizutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Mühlhausen i. Th. Die seit längerer Zeit geplante Lohnbewegung zur Erlangung der 9½ stündigen Arbeitszeit ist jetzt in ein ernstes Stadium getreten. Wir haben unsere Forderungen am 4. August an die Möbelschleimermeister verhandelt, und haben Ende der vorigen Woche zwei Antworten erhalten; die eine im Namen sämtlicher hiesiger Arbeitgeber, auch derjenigen, die die Forderung noch garnicht zugestimmt erhalten haben, mit dem Inhalte, daß die Arbeitgeber nur mit der Kommission verhandeln wollen, wenn die Forderungen sämtlicher Arbeitgeber zugestimmt sind. Zwei der anderen Antworten vom ältesten Tischlermeister sind uns sämtliche Forderungen ansichtslos bewilligt. Eine am 12. stattgefundene, zahlreich besuchte Versammlung beschloß, auf dem beschrittenen Wege weiter zu gehen, und weitere Verhandlungen abzuwarten. Wir ersuchen aber die Kollegen, Zugug nach Mühlhausen streng fern zu halten.

Planitz. Hier sind die Tischler schon seit einiger Zeit damit beschäftigt, die Arbeitszeit, sowie die Lohnverhältnisse den in Zwidau voriges Jahr von der Innung bewilligten anzupassen. Da die Affordarbeit vorherrschend ist, haben sich verschiedene Kollegen der Nähe umzusehen, einen Affordlohnmarix auszuarbeiten, welcher am 19. d. M. den Meistern unterbreitet worden ist, zugleich mit den übrigen Forderungen, die in der Hauptsache auf 9½ stündige wöchentliche Arbeitszeit nebst entsprechendem Lohnanspruch hinauslaufen. So die Forderungen nicht bewilligt werden, soll zugleich auch die Kündigung mit eingereicht werden. Planitz gehört zum Rayon der Zwidauer Tischlerinnung, und es ist einseitig ein Akt der Nothwendigkeit, daß auch die Planitzer Innungsmeister den Innungsbeschlüssen nachkommen. Alle lebigen Kollegen haben die Verpflichtung, abzureisen, um den Arbeitsmarkt zu verlassen. Gleichzeitig möchten wir auch die auswärtigen Kollegen ersuchen, unsere Segen nicht zu übersehen und für die Dauer der Bewegung Planitz zu meiden. Die Komposition ist günstig, und frecht zu erwarten, daß die Bewegung ohne Arbeitsunterbrechung verläuft. Sollten sich die Innungsmeister aber weigern, wird zum letzten Mittel, dem Streik, gegriffen werden, und bei auch bereits die Zählstelle Zwidau in einer Versammlung beschlossen, durch Ergründern die Mittel zur Durchführung des Lohnkampfes aufzubringen.

Reichen i. Erzgeb. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter im Erzgebirge sind allgemein als recht traurige bekannt, wobei aber auch die Ineressiertheit an den Bestrebungen der organisierten Arbeiter. Das ist zu verstehen, wenn man weiß, daß die arbeitsfähigen Arbeiter ungezählte Segen erhalten und doch nur einen Lohn verdienen, der nicht einmal zur Ernährung des Arbeitsverdienenden ausreicht.

Hier selbst ist nun eine Zählstelle gegründet, die sich die Aufgabe gestellt hat, die indifferenten Kollegen über ihre Lage aufzuklären und ihnen zu sagen, daß nur durch ein einiges Zusammenwirken aller in unserem Berufe thätigen Kollegen bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Kollegen von Raschau, schließt Euch uns an, und es wird besser werden, wenn wir gemeinsam kämpfen für eine menschenwürdige Existenz. — Unser Verkehrslokal befindet sich im Schweizerhof in Mittweida, Reiseunterstützung zählt Abin Richter in Raschau, Hausnummer 1c, Mitttags von 1—3 und Abends von 9 Uhr ab.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Der Billardfabrikant Böger, über dessen Werkstattverhältnisse wir in Nr. 33 berichteten, wohnt nicht, wie uns mitgeteilt wird, in Mühlhausen, sondern in Meß.

Verichtigung. In Halle sind nicht die Stellmacher, sondern die Drechsler in eine Lohnbewegung eingetreten.

Der Niedergang der Errungenschaften vom Jahre 1897 im Tischlergewerbe Breslau etc. lautete das Thema, über das Kollege Langner am 18. August referierte. Redner schildert, unter Bezugnahme des gegenwärtigen Ausstandes in der Möbelfabrik von Tige, die Kämpfe der Arbeiter mit den Arbeitgebern und erbringt den Beweis, daß die Arbeiter ohne Kampf nie eine Verbesserung ihrer Lage erringen können. Die hiesigen Tischler sind, mit Ausnahme der letzten Jahre, selten in eine Lohnbewegung eingetreten, demzufolge sind sie auch in ihrer wirtschaftlichen Lage sehr zurückgekommen; z. B. war vom Jahre 1883, in welchem die hiesige Organisation begründet wurde, bis zum Jahre 1890 keine Lohnbewegung in der Branche. Im Jahre 1897 ist dann zwischen den Arbeitgebern und der Lohnkommission u. A. die 57 stündige wöchentliche Arbeitszeit, sowie ein Stundenlohn von mindestens 25—35 $\frac{1}{2}$ und pro Ueberstunde ein Zuschlag von 10 $\frac{1}{2}$ vereinbart worden. Es konnte damals gleich zu Anfang nicht genau festgestellt werden, ob diese Abmachungen auch überall eingeführt sind. Bei der Firma Hauswacht sind damals z. B. in vier Monaten ca. 500 Ueberstunden gemacht worden; ob die 10 $\frac{1}{2}$ Zuschlag gezahlt worden sind, wisse man nicht genau. Einige dort beschäftigte Kollegen hatten einen unter dem vereinbarten Kostpreis stehenden Verdienst. Es liege aber an den Kollegen selbst, die sich merkwürdiger Weise hierbei beruhigten und solche Sachen nicht öffentlich zur Sprache bringen. Bei der Firma Zwiener ist es vorgekommen, daß Kollegen ohne Geld nach Hause gegangen sind, da ihr Afford noch nicht beendet war. Außerdem wird über die Behandlung seitens eines dortigen Werkführers gelaßt. Redner erinnert an die Streiks bei Just und Olier. Auf Eingreifen der Lohnkommission wurde dort Abstellung der Mißstände versprochen. Ob dies thatsächlich erfolgt ist, sei sehr fraglich. Die Firma Buhl, die früher bei auswärtigen Arbeiten das Fahrgeld 3. Klasse erstattete, zahlt jetzt nur noch ein solches 4. Klasse. Ebenfalls herrschen Mißstände bei Behmann's Nachfolger. Die dortigen Kollegen sind schon wegen Abstellung derselben vorstellig geworden; das Ergebnis sei aber in keiner Weise zufriedenstellend, vielmehr scheine es, daß die Sache von der Firma in die Länge gezogen werden soll. Bei den auswärtigen Kollegen der Firma Tige handle es sich auch nur um die Aufrechterhaltung der im Jahre 1897 getroffenen Vereinbarungen von 57 stündiger Arbeitszeit und 10 $\frac{1}{2}$ Zuschlag für etwa notwendige Ueberstunden. Dort sei das Umgehen der Zugeständnisse von 1897 hauptsächlich dem Indifferentismus einiger Kollegen zuzuschreiben, welche freiwillig Ueberstunden arbeiteten. Dies sei nun vom Arbeitgeber von allen dort beschäftigten Kollegen gefordert worden, der in seiner Antwort an die Lohnkommission schreibt, daß, wenn seine Arbeiter durch Ueberstundenarbeit ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen, er ihnen dabei nicht hinderlich sein will. (Gelächter.) Außerdem ist überall das Bestreben seitens der Arbeitgeber zu bemerken, die Löhne und Affordpreise herabzusetzen. Es sei die höchste Zeit, allen diesen Mißständen entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.) In der hierauf folgenden Diskussion wurde von allen Rednern die Nothwendigkeit einer energischen Agitation unter den Kollegen für die Erhaltung der Errungenschaften vom Jahre 1897, sowie für Stärkung der Organisation betont. Eine allgemeine Lohnbewegung sei nur möglich, wenn mindestens zwei Drittel der hiesigen Tischler Mitglieder des Verbandes sind. Die auswärtigen Kollegen der Möbelfirma Tige seien moralisch, sowie pekuniär kräftig zu unterstützen. Zwei in diesem Sinne lautende Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Der Tischlerstreik bei der Firma Lehmann's Nachfolger in Breslau ist nach einseitiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Der revidierte Lohnarif für Bautischler ist in allen seinen Theilen seitens der Firma anerkannt worden.

Der Streik der Tischler in der Möbelfabrik von Georg Tige in Breslau ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die sieben Auswärtigen nehmen Montag die Arbeit wieder auf.

Die Breslauer Holzbildhauer sind am 14. August in eine Lohnbewegung getreten. Gefordert wird Einführung der 9 $\frac{1}{2}$ h Arbeit, einheitlich verfürzte Arbeitszeit und Minimallohn von M. 24. Die Gehülfen in Bauer's Möbelfabrik haben ihre Forderungen bereits unterbreitet. Da die Firma darauf nicht einging und eine längere Bedenkfrist verlangte, legten bereits am 12. August sämtliche Bildhauer (25 Mann) die Arbeit nieder. Auch der Firma Gebr. Rawisch sind die Forderungen übermittelt worden.

Der Streik der Tischler in Waldburg ist, wie bereits gemeldet, als beendet anzusehen, da sämtliche Streikenden abgereist und anderweitig in Arbeit getreten sind. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 36 Kollegen. Einige Meister weigern sich hartnäckig, unsere Forderungen zu bewilligen; an ihrer Spitze steht der Innungsoberrmeister Vogt.

Zum Tischlerstreik in Burg wird uns geschrieben: In verschiedenen Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß unser Streik beendet sei. Dem ist jedoch nicht so. Wir denken garnicht daran, den Streik aufzugeben. Wir befinden uns in einer so günstigen Situation, daß wir gar keine Veranlassung haben, unseren Innernachern nachzugeben. Man versucht ja auf alle mögliche und unmögliche Art, uns zur Rückkehr an die Arbeit zu bewegen. Man hat es sogar verstanden, die Arbeitswilligen, welche Burg bereits den Rücken gekehrt hatten, wieder zurück-

zuholen. Daß der Arbeitgeber einem jeden Arbeiter und unter allen Umständen die Inbalidentkarte ausshändigen muß, ist keinen die Unternehmer in Burg auch nicht zu wissen. Man enthält den Arbeitern dieselbe, um mit Hilfe der Polizei sich an den Arbeitern schädlos halten zu können. Trotzdem soll uns das nicht von unserem Ziele, der Verkürzung der Arbeitszeit, abbringen. Im Laufe von 20 Wochen haben wir zwei Streikbrecher; jedenfalls ein Zeichen von Solidarität. Mögen die auswärtigen Kollegen dafür sorgen, daß noch kurze Zeit der Zugug fern gehalten wird, dann werden die Unternehmer in sich gehen und mit uns verhandeln.

Die Firma Kiefer in Spremberg hat die Forderungen ihrer Arbeiter größtentheils bewilligt, doch ist nicht unmöglich, daß wegen einer Arbeitsordnung es zu weiteren Differenzen kommen wird. Herr Kiefer beauftragte eine Kommission, eine andere als die von ihm ausgehängte Arbeitsordnung auszuarbeiten. Wir wollen hoffen, daß beide Theile sich mit derselben einverstanden erklären.

Der Streik der Tischler in Forst (Rauß) dauert fort. Bisher haben 21 Arbeitgeber die Forderungen bewilligt. 45 Kollegen sind noch im Ausstand. Mehrere Versammlungen mit den Meistern zwecks Einigung verliefen resultatlos. Daß die Meister ein wenig in „Nachfrage“ machen wollen, zeugt davon, daß sie den Gesellen während des Streiks eine neue Werkstattordnung unterbreiten. Anstatt den Gesellen entgegenzukommen, werfen die Herren Meister neuen Zündstoff in die Bewegung. Wenn sie glaubten, damit die Streikenden einzuschüchtern oder mangelnützig zu machen, täuschen sie sich. Die Streikenden wissen sehr genau, warum sie in die Lohnbewegung getreten sind, und deshalb kann man sie durch Kinkerlitzchen, wie die Werkstattordnung, auch nicht graulich und abstrammig machen. Nur so fort, Ihr Herren, und Ihr werdet noch lange auf ein für Euch günstiges Resultat warten können. Wenn Zugug fern gehalten wird, und das ist selbstverständlich, dann kann dem weiteren Kampfe mit Ruhe entgegengesehen werden.

Die Lohnbewegung der Bautischler in Berlin macht gute Fortschritte. Bis zum 17. August hatten bereits 73 Unternehmer mit 1058 Arbeitern bewilligt. In Nitzdorf ist in 10 Werkstätten für 108 Kollegen bewilligt; nur in 8 Werkstätten stehen noch 31 Kollegen aus.

Die Berliner Kistenfabrikanten versuchen in Sachsen und anderen Gegenden Kistenmacher nach Berlin zu locken. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Fabrikanten schon seit längerer Zeit eine Herabsetzung der Löhne planen, wogegen sich selbstverständlich die Arbeiter dieses Berufes wehren. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Kistenmacher in Berlin sind keineswegs günstig, und deshalb ist es nothwendig, daß Zugug fern gehalten wird, um zu verhindern, daß durch großes Arbeiterangebot der Lohnreduzierung Vorschub geleistet wird. Achtung also, Kistenmacher allerorts!

Die Parketbodenleger Hannovers haben in einer am 17. August stattgefundenen Versammlung einstimmig beschlossen, vom 1. September an keine Materialien mehr zu liefern, solche viel mehr von den Fabrikanten und Vertretern zu fordern. Es geschieht dies deshalb, weil in der letzten Zeit Del, Wachs, Terpentin und Drahtstifte ganz bedeutend im Preise gestiegen sind und es den Bodenlegern angeht, der in den letzten Jahren zurückgegangenen Affordpreise nicht mehr möglich ist, das Material zu liefern; durch die Liefereng entstehen dem Einzelnen, je nach Beschaffenheit der Arbeit, Unkosten in Höhe von M. 5—7 pro Woche. Da die Konjunktur günstig ist und sämtliche Mitglieder im Holzarbeiterverband organisiert sind, glauben die Kollegen, daß ihre Forderung ohne Kampf unterbreitet, und wurden dieselben gebeten, bis zum 24. August der Kommission Nachricht oder Gelegenheit zu geben zur mündlichen Verhandlung. Um Fernhaltung des Zugugs wird dringend ersucht.

Zuschriften sind an den Vertrauensmann L. Koloff, Hannover, Semmernstr. 15, zu richten.

Der Stellmacherstreik in Essen a. d. R. hat in vergangener Woche plötzlich eine andere Wendung genommen. Auf einmal waren neun Arbeitswillige zu verzeichnen. Unter diesen Umständen war es nicht möglich, die Forderungen hoch und ganz durchzubekommen. Der Minimallohn von 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde wurde nicht bewilligt; wohl werden höhere Löhne gezahlt. Daß es den Meistern während des Streiks recht bange gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß dieselben sich oftmals äußerten, einen solchen andauernden Ausstand seitens der Gehülfen würden sie ein zweites Mal verhindern. Vorläufig soll Zugug noch fern bleiben.

Die Differenzen in der Korbmacherwerkstatt Konehan's in Liegnitz sind zur Zufriedenheit der Kollegen beigelegt. Herr K. nahm die Abzüge bis auf 1 $\frac{1}{2}$ für eine Sorte Körbe pro Stück zurück und verpflichtete sich, innerhalb eines Jahres keine Abzüge zu machen.

Ein neuer Konkurrent in der Korbmacherei. Das Patentbureau Rich. Bilders in Görlitz theilt mit, daß ein Fachmann, Arno Bohorzela in Olsch, eine Korbschleifmaschine erfunden hat, die vorzügliche Wachs-, Kohlen-, Meißelkörbe etc. herstellt. Der Maschine wird nachgerühmt, sie arbeite so schnell, daß der bisherige Arbeitslohn um 50 pZt. verringert werden könnte. Das ist ja natürlich bei jeder Erfindung die Hauptsache: der Arbeitslohn muß herunter, noch mehr müssen die Herrn in der Holzindustrie hungern. Was kümmert es die, welche Kapital besitzen, um die Lohnsparenden Maschinen zu kaufen? Nichts! Arbeiter der Korbindustrie, organisiert Euch, um dem neuen Konkurrenten nicht unvorbereitet gegenüberzutreten zu können.

Aktiengesellschaft für Uhrenfabriken, Freiburg in Schlefien. Der „Frankfurter Zig.“ entnehmen wir folgende Schilderung:

„Eine von dieser Gesellschaft ausgehende Publikation ist so eigenartig, daß sie Beachtung über den Kreis der Interessenten hinaus verdient. Die erst im Juni dieses Jahres errichtete Gesellschaft beruht schon auf den 29. d. M. eine ordentliche Generalversammlung, in der bereits eine Bilanz über das

am 31. Juli 1899 beendete Geschäftsjahr vorgelegt, auch über die Verteilung des Reingewinns Beschlüsse gefasst werden soll. Der Beginn des Geschäftsbetriebes scheint hiernach auf einen vor der Gründung liegenden Zeitpunkt zurückdatiert worden zu sein. Andererseits steht auf der Tagesordnung die „Zusammensetzung zum Ankauf mehrerer Uhrenfabriken.“ Als die Gesellschaft mit M. 2 700 000 Aktienkapital in's Leben gerufen wurde, bezeichnete sie als ihren Zweck die Herstellung und den gewerbsmäßigen Vertrieb von Uhren, Uhrwerken und mechanischen Apparaten aller Art, von Uhrgehäusen und anderen feinen Holzwaren, sowie von allen mit diesen Geschäftszweigen in Zusammenhang stehenden Erzeugnissen. (Wir haben feinerzeit von dieser Gründung berichtet. D. Red. d. Holzarb.-Ztg.)

Etwas vorher schon hatte verkundet, das hieran beteiligte Bankhaus G. Heimann in Breslau habe die bekannten Regulator-Uhrenfabriken von Gustav Becker in Freiburg und Braunau, W. Willmann & Co., Konfordia, Germania, Kappel & Co. und Böhm, sämtlich in Freiburg, angekauft, um sie zur Aktiengesellschaft zu machen. Nach der feinerzeitigen Eintragung in das Handelsregister haben aber die Gründer sämtliche Aktien gegen Baar übernommen, ohne Fabriken als Einlagen zu übergeben; die Gründung war also eine reine Geldgründung. Wenn jetzt die „Zustimmung“ zum Ankauf (also nicht der Ankauf) mehrerer Uhrenfabriken von der Generalversammlung verlangt wird, so ist das wohl so zu verstehen, daß die Firma G. Heimann die oben erwähnten Uhrenfabriken bereits „vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung“ an die Aktiengesellschaft verkauft hat, und daß der Reingewinn, der demnächst zur Ausschüttung kommen soll, bereits mit dem Gewinn der Fabriken aus dem letzten Jahre oder aus einem kürzeren Zeitraum identisch ist. Dieser Modus, bestehende Unternehmungen in die Aktienform zu überführen, wäre so ungewöhnlich, daß die Frage sich aufdrängt, was zu solchem Umweg bestimmen könnte. Abgesehen davon, daß gewisse Gründungsmodalitäten durch die hier scheinbar gewählte Form vermieden würden, können wir uns vor der Hand keinen anderen Grund denken, als daß der Versuch gemacht werden soll, zur Umgehung des für Umwandlungen vorgeschriebenen Sperrjahres zunächst die Form der reinen Geldgesellschaft zu wählen, die dann als Käufer der umzuwandelnden Unternehmungen auftritt, um die Form der Umwandlung (§ 39 H.-G.-B.) zu vermeiden und auf diese Weise die Aktien sofort marktfähig zu machen. Ob die Institution des Sperrjahres an sich berechtigt und nützlich ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein; als das Gesetz feinerzeit zur Beratung stand, hatte die „Frankf. Ztg.“ gewisse Einwendungen zu erheben, insbesondere, daß eine solche Sperrzeit, wenn überhaupt, in vielen Fällen bei ganz neu entstehenden Unternehmungen noch eher am Platze sein würde, als bei den älteren, die aus Privatbänden zur Aktienform übergehen, weil die so umgewandelten doch schon Betriebsergebnisse aufzuweisen haben. Allein, nachdem die Sperrvorschrift für Umwandlungen Gesetz geworden ist, würde der oben besprochene Modus, wenn er zulässig ist, die Sperrinstitutionen völlig gegenstandslos machen. Auf dem Bankgebiete ist ein ähnlicher Versuch allerdings einmal geglückt, für industrielle Unternehmungen unseres Wissens bisher noch nicht.

Das Eine geht sicherlich aus der neuartigen Form der Gründung hervor, daß, wenn es sich um das angenehme Geschäft des Gelderwerbens, und zwar des mühelosen handelt, auch Formen dafür gefunden werden, ob sie gesetzlich zulässig sind oder nicht. Jedenfalls haben die Geldmänner sich den Verdienst, den sie im Sperrjahre nicht gehabt hätten, sichern wollen, und daher der Umweg, bestehende Unternehmungen in die Aktienform hinüberzuführen.

Solchen schlauen Geschäftsspekulanten gegenüber sind die Arbeiter genannter Uhrenfabriken wahrlich im eigensten Interesse verpflichtet, auf der Hut zu sein. Wenn das Geldinteresse so weit geht, wie oben geschildert, dann wird auch bald die Heiße an Lohn- und Akkordpreiskreduzierungen kommen. Also Obacht, Uhrenarbeiter!

Die Musikinstrumentenindustrie im Handelskammerbezirk Wien. Der Wert der Ausfuhr von Musikinstrumenten und Saiten aus dem Kammerbezirk nach den Vereinigten Staaten ist nach dem Jahresbericht der obigen Handelskammer in 1898 weiter von M. 2 310 000 auf M. 2 130 000 zurückgegangen, d. i. um 7,79 pZt., nachdem schon in 1897 die Abnahme 6,70 pZt. betragen hatte. Besonders für die Markneufirchner Musikinstrumenten-Industrie haben sich die Absatzverhältnisse sehr ungünstig gestaltet, seitdem die Vereinigten Staaten, früher ihr kräftigster Abnehmer, die Herstellung gewisser Instrumente selbst aufgenommen haben. Das Bestreben, andere Absatzgebiete zu gewinnen, war nur zum Teil erfolgreich. Besonders geklagt wird über die unter weit günstigeren Umständen arbeitende österreichische Konkurrenz, die der deutschen Industrie sogar im eigenen Lande das Gebiet streitig mache. Bei der Neugestaltung unseres Zolltarifs müsse auf diese Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Gewünscht wird ferner, daß in den amtlichen Darstellungen nachdrücklicher als bisher der Charakter Markneufirchens als Zentrum, insbesondere der Geigenindustrie, betont und auch auf die Qualität seines Instrumentenbaues mehr hingewiesen werde. Die Ueberlegenheit der dortigen Fabrikation gegenüber der französischen z. B., von der österreichischen ganz zu schweigen, ergebe sich schon allein daraus, daß viele Markneufirchner Instrumente von französischen Häusern als französische Fabrikate in den Handel gebracht würden. Des Weiteren wird angeregt, eine mit staatlicher Autorität ausgestattete Persönlichkeit anzustellen, durch welche bessere Instrumente auf ihre Qualität hin geprüft und mit einem entsprechenden Zeugnis versehen werden könnten. Damit könne der Staat für die Erhaltung des guten Rufes der Markneufirchner Instrumentenfabrikation erheblich beitragen. Das Geschäft in Belgien als Instrumenten hat sich wenig verändert. Als bedauerlich wird es bezeichnet, daß Militärlieferungen, die sehr gut dem Inland erhalten werden könnten, der böhmischen Konkurrenz zufallen.

Die Drechsler in Rumburg (Böhmen) und die Tischler in Salzburg (Oesterreich) haben einen vollenständigen Sieg errungen. Ebenso erhielten auch die Wiener Holzzeitungs-Arbeiter nach vierwöchigem Kampfe den Neunundentag und den Minimallohn bewilligt. — Wie wir in unserem österreichischen Bruderorgan, dem „Holzarbeiter“, lesen, sind in Salzburg erneut Differenzen ausgebrochen, weshalb Zuzug fern zu halten ist. Der Streit

der Tischler in Gablonz ist zu Gunsten der Kollegen beendet.

Vereinigter internationaler Verband der Holzarbeiter von Amerika. Dieser Verband wurde 1896 von dem Verband der Möbelsarbeiter, gegründet 1873, und dem der Maschinen-Holzarbeiter, gegründet 1890, gebildet. Im Dezember 1892 hatten diese beiden Verbände zusammen 2200 Mitglieder. Am 1. Januar 1898 hatte der gegenwärtige Verband 5520 Mitglieder. In dem am 31. Dezember 1897 schließenden Jahre betrug die Streikausgaben 620 Dollar und das Sterbegeld 375 Dollar.

Außer diesen Beträgen zahlten die Ortsverbände 2500 Dollar für Unterstüßungen. Der National-Verband zahlt ein Sterbegeld von 75 Dollar nach einer sechsmonatlichen Mitgliedschaft und eine Gesamtunterstützung bei Arbeitsunfähigkeit von 250 Dollar nach einjähriger Mitgliedschaft, während die meisten Ortsverbände ein Krankengeld und eine Unfallunterstützung von wöchentlich 3 bis 5 Dollar zahlen. Vom 1. Januar bis 9. November 1898 zahlte der Verband, eines sehr ausgedehnten Streiks wegen, ungefähr 12000 Dollar für Streikunterstützung und 1000 Dollar an Arbeitsunfähige und an Sterbegeld. Während der fünf Jahre, von 1891 bis einschließlich 1895, verausgabten die beiden Verbände, welche sich in der Folge zu einer Verbindung vereinigten, 14 016 Dollar für Streiks, 17 091 Dollar für Krankengeld, 7890 Dollar für Sterbegeld an Mitglieder, 2365 Dollar für Sterbegeld an Frauen von Mitgliedern und 8938 Dollar für Werkzeughilfe. Die Gesamtausgabe für Unterstüßungen war daher, für Streiks ausgenommen, 31 269 Dollar.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Die Vereinbarungen im Berliner Zimmergewerbe zwischen Unternehmern und Arbeitern sind in der Sitzung der gemeinschaftlichen Kommission am vorigen Freitag thätigst zu Stande gekommen. Die nummehrigen Abmachungen sind endgültig. Sie stehen auf der Grundlage der neunstündigen Arbeitszeit und im Lohne ebenfalls gleich denen der Maurer. Alle Streitigkeiten sind zuerst vor die aus neun Arbeitern und neun Unternehmern bestehende Kommission zu bringen. Als Berufungsinstanz gilt das Einigungsamt des Gewerbegerichts. Bausperrern dürfen nur verhängt werden, wenn die endgültigen Entscheidungen der geordneten Instanzen nicht befolgt werden. Alljährlich im Herbst legt die genannte Kommission die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die nächste Bauperiode fest. Ueber Neubauten und Aborte sind ausführliche Bestimmungen vereinbart.

Die Gewerkschaft der Buchdrucker (Tarifgemeinschaftsgegner) hielt am 6. August in Hannover einen Kongress ab. 45 Delegierte aus 22 Orten waren anwesend. Berichtet wurde, daß trotz des Rückganges der Preßfondsbeiträge die Verbandszeitung „Wacht“ in Zukunft gehalten werden könne. Eine Vergrößerung oder öfteres Erscheinen empfehle sich aber nicht. Die Zunahme der Mitglieder sei eine geringe; die Hoffnung, alle Tarifgemeinschaftsgegner in der Gewerkschaft zu vereinigen, habe sich nicht erfüllt. Die Anhänglichkeit der Buchdrucker an ihre Kassen sei eben zu groß. Es wird aber seitens des Berichterstatters zu bedenken gegeben, daß nicht die Quantität sondern die Qualität der Mitglieder die Stärke einer Gewerkschaft bilde. An eine Einigung mit dem Verbandsverband sei nicht zu denken. Ein Antrag, eine solche zu versuchen, wurde abgelehnt. Die Einnahme der Gewerkschaft betrug seit Gründung M. 25 923,25, die Ausgabe M. 18 271,34. Die Mitgliederzahl beträgt 226, der Kassenbestand M. 8357,91; der nächste Kongress soll in Kassel tagen.

Die Arbeiter der Wiener Eisenbahnwerkstätten in Warchau sind in einen Streik eingetreten, der große Dimensionen annimmt. Es sind mehr als 30 000 Personen, die daran beheimatet sind. Es wird der Neunstundentag und entsprechende Lohnerhöhung verlangt.

Literarisches.

In der Buchhandlung des Vorwärts, Berlin SW, Weuthstraße 2, ist eine Schrift erschienen: „Die Knebelung der Arbeiterklasse durch das Junkerparlament“, von Paul Firsich. Preis 20 M., Porto 3 M. Die Agitationsbroschüre fenzichnet diese Schrift ihr Inhalt: 1. Die Arbeiterfreundlichkeit der Junker und Junkerengenossen. — 2. Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion. — 3. Die Lage der Unterbeamten und Arbeiter in der Eisenbahnverwaltung. — 4. Die Lage der Bergarbeiter. — Die Broschüre ist als erstes Heft einer Serie gedacht, in welcher zwecks wirksamer Ausnützung bei der praktischen Agitation alle die Materien behandelt werden (z. B. Schulwesen, Steuerwesen, Liebesgabenpolitik), welche der Landesgesetzgebung und dem Dreiklassen-Parlament vorbehalten sind, deren Verhandlungen aber nicht in dem Maße für die Agitation ausgenützt werden können, wie sie es, in Anbetracht des wirksamen und „aufreizenden“ Materials, eigentlich verdienen. Dies hiermit möglichst nachzuholen, ist der Zweck dieser Broschüre.

Beiestafen.

- * Berichte aus Leisnig, Brandenburg, Witterfeld, Wald, sowie Gauberrichte aus Dresden und Hannover müßten Raum mangels wegen zurückgestellt werden.
- * Fickorholz ist zu haben in der Holzhandlung Carl Gärtner, Hamburg.
- * Küchenschranke, aber nur in guter Qualität, liefert Franz Richter, Möbelfabrik, Roda in S.-Altenburg.
- * Wer liefert farbige Federhalterholzgriffe?
- * Wer nennt uns eine Fabrik, welche Stühle mit Binsengeflecht liefert?
- * Wer liefert polirte Tischfüße?
- Verdan, M. S. Celluloidfabrik in Leipzig-Plagwitz.
- Berlin, Baum. Nach gelegentlicher Verwendung zurück.
- Brand i. S., B. B. Wie ist denn das Resultat, oder dürfen wir das nicht wissen?
- Grafshöwan, C. Sch. Das läßt sich in Form eines Berichtes nicht machen.
- Geurichs b. Suhl, O. F. Adresse: A. Wegner in Breslau, Mühlergasse 11.

R. S., 40. Mein.
H. R. Freuden. Invaliditätsbeitrag pro Woche 15 M. Krankenkassenbeitrag je nachdem, in welcher Klasse Sie versichert sind; das können wir nicht wissen.
Leipzig, S. S. Wenden Sie sich um Auskunft an folgende Adresse: Federation des Travailleurs du Bois. Francois Sas, Rue Linné 44, Brüssel.
Nürnberg, J. S. Dazu gehören besondere Vichtpausapparate, in welche die Zeichnungen gelegt werden. Der Kasten ist mit einer Glascheibe versehen. Die Linien der Zeichnungen, welche auf dem gepausten blauen Papier weiß sind, werden mit einer besonders präparierten chemischen Tinte gezogen. Wenn gleich uns das Verfahren bekannt, können wir Ihnen doch die dazu gebrauchten Materialien nicht angeben.
Solzhäusen, S. Das wissen wir nicht; können Sie doch auch am Orte erfahren.
Weimar, A. Straßburg. Adresse unter Heinrichs bei Suhl angegeben.
Wiesbaden, S. S. Gut gemeint, aber so nicht zu verwenden. Sie müssen sich schon etwas kürzer fassen und Alles, was nicht direkt mit der Frage in Zusammenhang steht, ausschneiden. Es wollen doch schließlich noch mehrere Kollegen zu Wort kommen und da darf der Raum nicht unnötig verbraucht werden.
Brieg, J. S. Lieber Kollege, Sie müssen das Papier nicht auf beiden Seiten beschreiben; haben diesmal das, was sie wenigstens sagen wollten, kurz zusammengefaßt.
Warneünde, A. B. Siehe Inserat in heutiger Nummer.
Leipzig, U. Kostete 20 M. Straßporto. Gruß.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.
 (E. S. in Hamburg.)
Invalidenfonds.

Für den Invalidenfonds gingen seit der letzten Quittung in Nr. 17 der „Holzarbeiterzeitung“ vom 28. April folgende Beträge ein: Von den Verwaltungsstellen in Hamburg (Festsüberschuß) M. 188,40, von den Delegierten zur Generalversammlung in Nürnberg M. 100*, Berlin C 175, Berlin H 125, Berlin F 76,45, Berlin E 38,50, Berlin B 11,45, Deuz 65,67, Oppau 86,75, Köln II 85,50, Friedrichsfelde 30, Striesen 28,63, Reintendorf 18, Mülheim a. Rh. 17,30, Gonsenheim 16,60, Leipzig II 15, Weissensee 11, Stetten 14,50, Modau 10, Charlottenburg 10,50, Richtenberg 10, Rägerdorf 10, Lindenhal 10, Giebichenstein 11, Kleinhausen 8, Mohracker 7,60, Lahr 7,20, Führt 6,60, Neustadt a. d. S. 7,20, Finthen 6, Seidingsfeld 6, Erlangen 6, Ravensburg 6, Ralf 5,97, Schweningen 5,70, Mülheim a. d. Ruhr 4,87, Bamberg 4,30, Neuschönefeld 4,30, Iversgehofen 4, Wangen 4, Boll 4,85, Badenbürg 2,80, Frankenthal 2,69, Ebbau 2,75, Mariendorf 2,30, Erfurt 1,80, Urad —,85. Summa M. 1178,43. Hierzu der in voriger Quittung veröffentlichte Kassenbestand von M. 2443,44, macht zusammen M. 3619,87.

Unterstützung erhielten: 4 invalide Mitglieder je M. 25, 12 Mitglieder je M. 20, 1 Mitglied M. 14,80. An Porto für Geldsendungen und Korrespondenz wurden M. 5 verausgabt; macht Gesamtausgabe M. 359,80. Es verbleibt demnach ein Kassenbestand von M. 3260,57.

Allen Gebern im Namen der Unterstützten besten Dank.
L. Jacobs, Hauptkassirer.

Bekanntmachung des Schiedsgerichts.

Gemäß §§ 21 und 22 des am 1. Juli 1897 in Kraft getretenen Statuts bleibt das in letzter Generalversammlung in Nürnberg gewählte Schiedsgericht nachstehende Geschäftsordnung bekannt:

1. Als Obmann ist der Unterzeichnete, als Stellvertreter Schiedsrichter G. Hilbrandt gewählt. Als Protokollführer fungiert Schiedsrichter S. Haake.
2. Das Schiedsgericht hält je nach Bedarf seine Sitzungen ab.
3. Derjenige, welcher das Schiedsgericht zur Entscheidung anruft, wird von dem stattfindenden Termin mit Angabe des Sitzungslokals frühzeitig durch Ladung (welcher eine Postkarte mit dem Vermerk: „Ladung zum Termin rechtzeitig erhalten“, beigelegt ist, welche genau ausgefüllt sofort retourniert werden muß, weil sonst in der Sache nicht verhandelt wird) in Kenntnis gesetzt, damit er in der Lage ist, für seine Vertretung Sorge zu tragen oder selbst zu erscheinen.
4. Reisekosten und Entschädigungen an die Kläger oder deren Vertreter werden nicht vergütet. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht ist gänzlich kostenfrei.
5. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts werden in gleicher Sitzung veröffentlicht, in welcher die Sache verhandelt und zu Ende geführt werden. Die Verhandlungen sind öffentlich.
6. Ist bei Aufruf der Sache der Kläger oder ein Vertreter desselben nicht zugegen, wird unbeschadet dessen in der Verhandlung eingetreten und nach Lage der Akten verhandelt.
7. Zum Sitzungstermin hat ein Vertreter des Vorstandes, welcher zu laden ist, zu erscheinen.
8. Dem Kläger steht das Recht zu, sich eines beliebigen Vertreters, welcher mit Vollmacht versehen ist, zu bedienen. Uebrigens vertreten zwei Schiedsrichter (welche vorher durch Losziehung bestimmt werden) den Kläger und zwei die Beklagte. Kann in dem ersten Termine die betreffende Sache nicht endgültig erledigt werden und zwar um deswillen nicht, weil inzwischen weitere Beweiserhebung stattgefunden hat, so ist der Vertreter zum nächsten Termine zu laden. Ist die Sache zum nächsten Sitzung vertagt, so gilt die Ladung als erlassen, wenn der Obmann des Gerichts den Termin in der Sitzung bestimmt.
9. Die Entscheidungen werden dem Kläger ordnungsmäßig und portofrei behändigt; dieselben sind von sämtlichen Schiedsrichtern zu unterzeichnen.
10. Berufungen gegen Vorstandsentscheidungen sind nur an die Adresse des Obmannes des Schiedsgerichts zu richten.
11. Weitere Ausführungen und Aenderungen zur Geschäftsordnung behält sich das Schiedsgericht vor.

Das Schiedsgericht.
 Im Auftrage: B. Wessgen, Obmann,
 Hamburg-Barmbeck, Oberaltenallee 76.

* Außer dieser Summe sind von den Delegierten noch M. 51 gegeben, welche ich dem Agitationsfonds unserer Kasse überweisen habe.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 S.)

Mitona. Am Dienstag, 29. August, Abends 9 Uhr, im Lokale der Wwe. Ehler, Nordstraße 37. T.-D.: 1. Die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Braunschweig. Sonnabend, den 2. Sept., Abds. 8½ Uhr, im „Rhein Hof“, Wendenstr. 45.

Charlottenburg. Montag, d. 28. August, Abends 8½ Uhr, bei Leder, Bismarckstr. 74.

Greiz. Am Sonnabend, den 2. September, Abends 8½ Uhr, im Restaurant „Marienbad“. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Werdau. Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jedes Monats statt. Um zahlreiches und regelmäßiges Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Eberswalde. Bevollm. Max Liedtke, Rakeburgerstr. 4. Kassirer Karl Lichtenberg, Grünefer 8.

Eisleben. Max Müller, Bev., Gallestraße 1. Trantott Wint, Kassirer, Gallestraße 79. Besterer zahlt die Unterstützung von 12-1 und von 6-7 Uhr aus. Verkehrslokal Restaurant „Zum Park“, Bahnhofstraße.

Greiz. Reiseunterstützung wird beim Kassirer W. Michel, Marienstr. 25, Hths., Abends von 6-8 Uhr ausbezahlt.

Die Ortsverwaltung.

Meiningen. Den zureisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Reise- und Lokalunterstützung von Anton, Ulrichstraße, Restaurant „Waldfisch“, Mittags von 1-2 Uhr ausbezahlt wird. **Offenbach.** Die Reiseunterstützung zahlt Kollege Bärner, Lammstr. 34, Abends von 7-8 Uhr aus.

Natibor. Karl Schender, Vertrauensmann, Bollwerkstr. 8. Dasselbst wird die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Tischler Karl Görlitz, jetzt in Berlin, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Ortsverwaltung Weiskensee.

Aufforderung.

Der Kollege Franz Bier, zuletzt in Essen, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verwaltungsstelle, sowie dem Sozialdemokratischen Verein gegenüber nachzukommen. Kollegen werden um Auskunft gebeten.

F. Wenzel, Essen, Louisestr. 11.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Eduard Bräuer, Drechsler, geb. 15. 7. 49 zu Neuhäusen, gest. 17. 8. 99 zu Glaschütte.

Ernst Schenker, 68 Jahre, gest. 24. 7. 99 an Lungenerkrankung in Natibor.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Herford.

Am Sonntag, den 27. August 1899:

Ausflug.

Abmarsch präzis 9 Uhr vom Vereinslokal. Abfahrt v. Bahnhof Herford 9 Uhr 41 Min. bis Löhne, dann mit der Kleinbahn nach Wehde, von dort Fußtour durch die Gebirgsfette zur Porta und Oeynhäusen. Von Oeynhäusen zurück Abends 9 Uhr 2 Min.

Die Verbandsmitglieder werden ersucht, mit ihren Damen vollständig zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Lauterberg.

Samstag, den 3. September:

Ausflug nach Flöha.

Abmarsch präzis 2 Uhr von Station Lauterberg. Die Verbandsmitglieder werden ersucht, mit ihren Damen vollständig zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Meister

selbständig und zuverlässig für dauernde Stellung in einer Möbelfabrik der Rhein- und Elbe-Region. Offerten u. J. R. 87 an die Expedition dieses Blattes.

Werkmeister

zur Leitung einer mechanischen Bau- und Drechslerei in Aachen gesucht. Off. unter U. 0315 an „Polit. Tageblatt“, Aachen.

1 Tischlergeselle auf Bau und Möbel sofort gesucht. **Karl Mewes,** Tischlermeister, Baethen-Langerhütte.

2 Tischler, auf Bauarbeit erfahren, sofort für dauernde Arbeit gesucht. **Ang. Wernicke,** Aken a. d. E.

Einen Tischlergesellen auf Bau und weiche Möbel und einen Drechsler sucht sofort **Robert Menge,** Tischlermeister, Zipsendorf b. Meuselwitz (S.-M.).

4-5 tüchtige, solide Schreinergehilfen auf Bau und Möbel erhalten bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung und Winterarbeit. **Aug. Garroth,** Ima i. Westf., Bau- und Möbelschreiner.

Junger Drechslergehilfe, tüchtig auf Bau und Möbel, zum sofortigen Eintritt gesucht. **Aug. Spangenberg,** Dampf Drechslerei, Saarbrücken.

Tüchtige Drechsler finden dauernde Beschäftigung auf Holz (Motorbetrieb) bei **J. Leoff,** Alzey (Rheinhesen).

Ein in der Luxusmöbelbranche erfahrener, tüchtiger Drechsler findet sofort lohnende, dauernde Stellung bei **Carl Emil Weise,** Luxusmöbelfabrik, Finsterwalde, N.-L.

Ein tüchtiger Fraiser auf gute Möbel, gelernter Tischler, pr. Hof bei hoh. Lohn gesucht. **Winne & Wegner,** Suhl i. Th., Möbelfabrik mit Maschinbetrieb.

Tüchtige Geizer und Polirer bei hohem Lohn sofort gesucht. **Winne & Wegner,** Suhl i. Th., Möbelfabrik mit Maschinbetrieb.

Ein erfahrener Drechslergehilfe, der selbstständig arbeiten kann, für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht. **Aug. Hartmann,** Lüdenscheid.

3-4 Gesellen, gute Mattarbeiter, sucht auf Ballon, Winterarbeit **Ed. Viehweg,** Korbmachermeister, Magdeburg-Ducan, Schönebaderstr. 90.

1-2 tüchtige jüngere Korbmachergehilfen auf Geschlagen und Roharbeit, bei gutem Lohn, sucht sofort **H. Schrader,** Neuhäuselben.

Suche e. tüchtigen Korbmachergehilfen auf Gestellarbeit, hauptsächlich auf Mattenstühle. **A. Mittelstrass,** Korbmachermeister, Braunschweig, Casparstr. 6.

Einen Korbmachergehilfen, der tüchtig auf Geschlagen und Roharbeit ist, sucht sogleich oder um 14 Tage **Gottfr. Woll,** Korbmachermeister, Bergen a. Rügen.

Flotte Bambus- u. Gestellarbeiter auf Affordlohn sofort gesucht. **Mathesius & Co.,** Leipzig, Eidomenstraße 61.

Gesucht ein junger Korbmacher auf Gematt. **L. Behsen,** Trittau i. Pofst.

Sämtliche Gelegenheiten, selbstständig zu werden, bietet sich einem tüchtigen Stellmacher in einer größeren Stadt Rheinlands (100 000 Einwohner). Die zu übernehmende Stellmacherei steht schon eine Reihe von Jahren mit gut gehender Wagenbauerei in Verbindung, und ist eine gute Existenz gesichert. Gest. Anfragen richtet man an die Exped. des „Aachener Volksblattes“, Aachen.

Fachschriften u. Lehrbücher

für Handwerker u. Gewerbetreibende. Kataloge gratis auf franko. **JOH. SASSENBACH,** Bücher-Versand, BERLIN

Interessant für Tischler!

Güßige eingelegte Furnire für Schatullebinder pr. Stück M. 1,50 bis M. 2,50, für Nähtische M. 5 usw. Anfertigung eingelegter Arbeiten nach jeder gewünschten Zeichnung. **Eustachius Biller,** Marquett, Seidelberg.

Für Verwaltungen und Holzportiere!

Empfehle: Bürgerliches Gesetzbuch, fein gebunden (Verion-Form), Preis pr. Stück M. 1, 15 Exemplare (5 kg-Paket) für M. 10, gegen Voreinsendung oder Nachnahme. **J. Hourath, Saff** (Rhein).

Eine gut gehende Schreinererei mit Dampf-betrieb, gute Privatlandschaft und Spezialarbeit, ist preiswerth zu verkaufen. Gest. Anmerkungen wollen sich unter **H. B. 88** an die Expedition d. Bl. wenden.

Eine vorzügliche 5 Pfg.-Zigarre

erhält man bei **H. Kirchhof,** Dortmund, Priorstr. 3b, p.

1 Decker Gasmotor, 2 Pferdest., 1 Jahr alt, Leistung (Garantie) wie neu, zu verkaufen. Angeb. u. **B. B.** an d. Exped. d. Bl.

Tischler-Fachschule
Neustadt i. Meckl.
Zelchner, Werkführer, Meister.

Umsonst versenden wir unseren illustrierten Prachtkatalog über Stahlwaaren, Waffen, Werkzeuge, optische Waaren, Pfeifen, Lederwaaren, Musikinstrumente, Gold- und Silberwaaren, Uhren etc. etc.

8 Tage zur Probe
versenden wir ein fein höfliches Messer in Etui, fertig z. Gebrauch für starken Bart, Nr. 3, zu M. 2. Dasselbe für weniger starken Bart, Nr. 10, zu M. 1,50. Ia. Streichriemen M. 1,60 gegen Nachnahme. — Wenn nicht passend, Umtausch oder Betrag zurück.

E. v. den Steinen & Cie., Wald b. Solingen No. 34, Stahlwaarenfabrik und Versandgeschäft.

Bayerische Loden,

Cheviots und Sportstoffe für Herren und Damen sind in Haltbarkeit, Eleganz und Preiswürdigkeit **unerreicht.** Wir versenden zu bekannt niedrigen Preisen unsere durch ihre Güte berühmten **Herren- u. Damenstoffe.** Alle Arten Tuche, Buckskins, Cheviots, Kammgarn, wasser-dichte Loden, Paletotstoffe, Damentuche, Damenloden, Beige, Fantasiestoffe, Damenkleiderstoffe jeden Geschmacks, Kattune, Flanelle, Waschestoffe und Baumwollwaaren. Aus der tausendfachen Auswahl offeriren z. B.:

Monopol-Cheviot... 3 m f. M. 6,-	Zu sehr gediegen.	Damenloden... 6 m für M. 4,68	Zu eleganten
Sport-Anzug-Loden... 3 m f. M. 7,40	gediegen.	rw. Cachemire... 6 m f. M. 5,40	eleganten
Lord-Cheviot... 3 m f. M. 9,-	Anzügen.	rw. Fantasiestoff... 6 m f. M. 7,60	Costumes

Muster vom Einfachsten bis zum Hochfeinsten **franco** an Jedermann ohne Kaufzwang. Angabe des Gewünschten erbeten. Garantie: Umtausch oder Zurücknahme. Tausende Empfehlungen.

Tuchausstellung, Wimpfheimer & Cie., Augsburg 93. Größtes und ältestes Tuchversandhaus Deutschlands mit elektrischem Betrieb.

Bauschule für Baugewerk- und Bahnmeister, Tiefbau- u. Steinmetztechniker. Vorkursus Oktober, Wintersemester 2. November, Staats-Prüfungs-Commission.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachttolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Berlag: A. Köhler, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Weide in Hamburg.